



Statistische
Rundschau
Nordrhein
Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

1

Januar 1996

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

48. Jahrgang · Januar 1996

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Hans-Erich Plewa, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,00 DM, Einzelheft: 5,00 DM

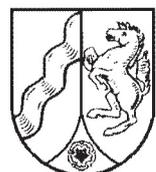
Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 1105, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (02 11) 94 49-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9601



Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Laufende Berechnung gesamtwirtschaftlicher Erwerbstätigenzahlen für Kreise und Gemeinden	5
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im III. Quartal 1995	13
	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe am 30. September 1995	17
Wohnungswesen	Wohngeld 1994	14
	<i>Aktuelle Ergebnisse</i>	28
Gesundheitswesen	Diagnosestatistik der Krankenhäuser 1993	17
Bildung	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge von Oktober 1994 bis September 1995	24
Gastgewerbe	Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe 1993	24
Verkehr	<i>Aktuelle Ergebnisse</i>	32
Geld und Kredit	Insolvenzen im III. Quartal 1995	17
Löhne und Gehälter	Arbeitskosten im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe 1992	18
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung auf neuer Basis	12
	Preisindex für die Lebenshaltung im November 1995	13
	<i>Aktuelle Ergebnisse</i>	26
Öffentliche Finanzen	<i>Aktuelle Ergebnisse</i>	27
Zahlenspiegel	<i>Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich</i>	34

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Laufende Berechnung gesamtwirtschaftlicher Erwerbstätigenzahlen für Kreise und Gemeinden

Von der aktuellen Arbeitsmarktanalyse bis zu langfristigen Prognosen reicht das Interessentenspektrum für statistische Daten über die Erwerbstätigen. Die erwünschte Gliederung der Erwerbstätigenzahlen nach kleinen Gebieten und einer möglichst detaillierten Wirtschaftssystematik erfordert die Zusammenführung von Ausgangsdaten, die unter anderem in unterschiedlicher Periodizität und räumlicher Zuordnung anfallen. Mittels Umrechnungen, Interpolationen und Abstimmungen lassen sich die verfügbaren Informationen der angestrebten Feingliederung anpassen. Ergebnisse dieser Berechnungen liegen für das Bundesgebiet ab 1987, für Nordrhein-Westfalen bereits ab 1978 vor. Die Bausteine und Berechnungsansätze der kleinräumigen Erwerbstätigenzahlen werden hier zusammenfassend dargestellt.

Arbeiten verschiedener Institutionen

Der vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern gebildete „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ berechnet seit mehreren Jahren nach bundesweit einheitlichen Methoden jährlich Erwerbstätigenzahlen für Wirtschaftsbereiche in regionaler Gliederung bis zu den kreisfreien Städten und Kreisen. Diese gemeinsamen Ergebnisse werden in Gemeinschaftsveröffentlichungen zur Verfügung gestellt, von denen das erste Heft vorliegt¹⁾ und das zweite in Vorbereitung ist. Bisher wurden Kreisergebnisse für die Berichtsjahre 1987 bis 1990 sowie für fünf Wirtschaftsbereiche (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Produzierendes Gewerbe; Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung; sonstige unternehmerische Dienstleistungen; Staat,

private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck) gemeinsam veröffentlicht. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) geht in seinen eigenen Veröffentlichungen erheblich über das Gemeinschaftsprogramm hinaus, indem es ab Berichtsjahr 1991 jährlich über die Anzahl der Erwerbstätigen in den Gemeinden nach zehn Wirtschaftsbereichen sowie nach drei Kategorien der Stellungen im Beruf berichtet²⁾. Bei der Stellung im Beruf wird nach Selbständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger, Beamten und der zusammengefaßten Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden unterschieden. Die zehn Wirtschaftsbereiche sind: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Energie- und Wasserversorgung, Bergbau; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; Handel; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht; Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Die Arbeiten des LDS gehen nicht nur über das aktuelle Gemeinschaftsprogramm hinaus, sie reichen auch weiter in die Vergangenheit zurück. Mehrere Jahre bevor der Arbeitskreis des Bundes und der Länder zu Ergebnissen gelangte, berechnete das LDS bereits die Gesamtheit der Wirtschaftsbereiche umfassende regional und sektoral tiefgegliederte jährliche Beschäftigtenzahlen³⁾. Veröffentlicht wurden diese Zahlen – die Bezeichnungen „Beschäftigte“ und „Erwerbstätige“ wurden synonym verwendet – ab Berichtsjahr 1978 für die kreisfreien Städte und Kreise des Landes Nordrhein-

Westfalen nach 37 Wirtschaftsbereichen⁴⁾; gröber gegliederte Daten für die kreisangehörigen Gemeinden wurden in der im LDS geführten Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Die folgenden Ausführungen stellen die methodischen Grundlagen und beispielhaft einige Ergebnisse der Berechnung der kleinräumigen Erwerbstätigenzahlen unter besonderer Berücksichtigung der speziellen Arbeiten des LDS dar.

In einer Konferenz von Vertretern der Staatskanzlei und der Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen am 20. Dezember 1983 wurde dem LDS der Auftrag erteilt, bis Ende März 1984 eine „regionale und sektorale Beschäftigtenanalyse“ vorzulegen. An diese ex-post-Analyse sollte sich eine Prognose der Beschäftigtenentwicklung anschließen. Die Berechnungen waren als Ergänzung des vorhandenen Bevölkerung- und Erwerbspersonenprognosesystems zu verstehen. Erste Ergebnisse sollten von der Landesregierung im „Landesentwicklungsbericht 1984“ dargestellt werden. Die verlangte ex-post-Analyse konnte vom LDS trotz der phantastisch anmutenden Terminsetzung in Form einer ca. 200 Druckseiten umfassenden Dokumentation rechtzeitig vorgelegt werden⁵⁾.

An der Berechnung von Beschäftigtenzahlen wurde zu der Zeit bereits von verschiedenen Stellen gearbeitet. Zunächst war zu untersuchen, ob die verfügbaren Ergebnisse und Methoden übernommen werden konnten. Die damaligen Arbeiten erwiesen sich jedoch als in verschiedener Hinsicht

1) „Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen in der Bundesrepublik Deutschland 1987 bis 1990“. Reihe Erwerbstätigenrechnung der Länder, Heft 1. Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Stuttgart o.J.

2) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: „Erwerbstätige in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens 1991 ff., Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Statistische Berichte Nr. A VI 6, Düsseldorf 1994 ff.

3) Vgl. H. Witt: „Beschäftigtenanalyse – Methodendarstellung“. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen Heft 7/1986, S. 435 ff.

4) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: „Die Beschäftigtenentwicklung in Nordrhein-Westfalen 1978 – 1983, Ergebnisse einer regional und sektoral disaggregierten Analyse“. Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 539, Düsseldorf 1986.

5) W. Gerß und Mitarbeiter: „Regionale und sektorale Beschäftigtenanalyse für Nordrhein-Westfalen 1978 bis 1982“. Unveröffentlichte Dokumentation des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984.

unzureichend. Aufgrund dieser Erfahrungen mußten daher zumindest für Teilbereiche neue Modelle erarbeitet werden. Mit der Berechnung von Beschäftigtenzahlen hatten sich das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft der Ruhruniversität Bochum (RUB) und der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGR) befaßt; außerdem war vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern Anfang 1984 die „Arbeitsgruppe Schätzungen der Erwerbstätigkeit“ (AGE) – Vorläuferin des heutigen „Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung“ – gebildet worden, befand sich jedoch noch im frühesten Planungsstadium. Die Nachteile der Arbeiten dieser Stellen aus der Sicht des dem LDS erteilten Auftrags sind kurz wie folgt zu charakterisieren: Die ILS-Daten (jährliche Beschäftigtenzahlen für 9 Wirtschaftsabteilungen nach Gemeinden) waren sektoral zu grob gegliedert. Die RUB-Daten (jährliche Beschäftigtenzahlen für 9 Wirtschaftsabteilungen nach Gemeinden und für 19 ausgewählte Unterabteilungen nach kreisfreien Städten und Kreisen) berücksichtigten – wie auch die ILS-Daten – nicht die Land- und Forstwirtschaft und waren bei den Wirtschaftsunterabteilungen unvollständig. Bei den VGR-Daten (Beschäftigtenzahlen in VGR-spezifischer sektoraler Gliederung nach kreisfreien Städten und Kreisen nur für die Volkszählungsjahre) führte die wirtschaftssystematische Zuordnung der örtlichen Einheiten (Betriebe) zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten der Mutterunternehmen zu verzerrter Darstellung der tatsächlichen Wirtschaftsstruktur in den Regionen⁶⁾. Die Planungen für die AGE-Daten waren noch zu vage, um abschließend beurteilt werden zu können; der Zeitpunkt ihrer Realisierung war nicht absehbar.

Auf längere Sicht konnte jedoch die Eignung der AGE-Arbeiten, das Ziel des – über den aktuellen Termin März 1984 hinaus auf Dauer angelegten – nordrhein-westfälischen Auftrags zu erreichen, erwartet werden. Zur Vermeidung von Doppelarbeit war daher beabsichtigt, die AGE-Arbeiten zu gegebener Zeit so weit wie möglich mit den landeseigenen nordrhein-westfälischen Berechnungen zusammenzuführen, wozu die spätere Überarbeitung auch der Methoden der landeseigenen Berechnungen in Betracht gezogen wurde. Alle zum Vergleich mit dem LDS-Auftrag herangezogenen Ansätze hatten gemeinsam, daß jedes Ergebnisdatum nur nach einer einzigen Methode berechnet wurde. Dabei wurde keine Begründung dafür gegeben, daß eine Entscheidung zugunsten gerade dieser Methode getroffen worden war, während denkbare andere Methoden nicht angewendet wurden. Wegen fehlender alternativer Ergebnisse konnte keiner der Vergleichsansätze die Auswirkung der Wahl der Berechnungsmethode auf die ermittelten Daten quantifizieren. Die Möglichkeiten der Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse waren damit stark eingeschränkt.

Erste Beschäftigtenanalyse für Nordrhein-Westfalen

Aus den Nachteilen der Vergleichsansätze ergaben sich die Merkmale der ersten Beschäftigtenanalyse des LDS. Diese lieferte Gesamtbeschäftigtenzahlen, d. h. sie umfaßte die Arbeitnehmer und Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Die Personen wurden am Arbeitsort erfaßt. Die Ergebnisse wurden zunächst generell regional nach Gemeinden und sektoral nach Wirtschaftsunterabteilungen gegliedert. Diese interne Gliederung wurde anschließend teilweise aggregiert, und zwar zu Ergebnissen für zehn Wirtschaftsabteilungen nach

kreisangehörigen Gemeinden sowie 37 Wirtschaftsunterabteilungen nach kreisfreien Städten und Kreisen und nach den der staatlichen Wirtschaftsförderung zugrundeliegenden Arbeitsmarktregionen. Die Unterscheidung zwischen einer tiefgegliederten internen Berechnung und einer teilweise aggregierten Ergebnisdarstellung war sinnvoll, weil einerseits die regional und wirtschaftssystematisch tiefgegliederten Ergebnisse intensivere Plausibilitätskontrollen ermöglichten und andererseits durch die Aggregation in den ausgewiesenen Ergebnissen ein tendenzieller Ausgleich von Schätzfehlern wahrscheinlich wurde. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Personen erfolgte nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheiten, in denen sie tätig waren. Die Berechnungen wurden für jährliche Periodizität konzipiert, und zwar wurden in den Fällen, in denen fachstatistische Ausgangsdaten eine kürzere Periodizität hatten, Jahresdurchschnitte ermittelt. Die Entscheidung zugunsten von Jahresdurchschnitten anstelle von Stichtagsergebnissen – z. B. zur Jahresmitte – war damit zu begründen, daß die Stichtagsergebnisse aufgrund von tatsächlichen Saisonbewegungen oder systematischen Erfassungsfehlern – insbesondere falscher zeitlicher Zuordnung von Personen – stark schwanken konnten. Die beabsichtigte Prognose der Beschäftigtenentwicklung – die ohnehin nur zu Jahreswerten führen sollte – wäre damit sehr unsicher geworden. Die Jahresdurchschnitte, in denen die Saisonbewegungen und Erfassungsfehler weitgehend ausgeglichen waren, konnten demgegenüber als eine stabilere Grundlage für die Prognose angesehen werden. Bei dieser Zweckbestimmung erschien der Nachteil, daß die Jahresdurchschnitte später vorlagen als die Stichtagsergebnisse und damit bei der Beschäftigtenanalyse ein Zeitverlust eintrat, als das kleinere Übel. Die Zeitreihen der jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen be-

6) Vgl. W. Gerß: „Statistische Einheiten in der Sozialproduktberechnung“, Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen Heft 8/1992, S. 383 ff.

gannen mit dem Berichtsjahr 1978. Von einem früheren Beginn wurde abgesehen, weil die den wichtigsten Teil der Datenbasis darstellende Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer vor 1978 noch sehr mangelhafte Ergebnisse lieferte. Die für jede regionale und wirtschaftssystematische Einheit ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen wurden nach verschiedenen Merkmalen der Personen gegliedert. Neben der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wurde die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer ausgewiesen. Diese Arbeitnehmer wurden – mit Ausnahme der Abteilung Land- und Forstwirtschaft – nach dem Geschlecht, der Staatsangehörigkeit, der Stellung im Beruf – hierzu gehörte auch die Unterscheidung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten –, der Ausbildung und dem Lebensalter untergliedert.

Ein wesentlicher Teil der Beschäftigtenanalyse des LDS bestand darin, daß die Erwerbstätigenzahlen nicht nur in einer Hauptversion, sondern – unterschiedlich nach Wirtschaftsbereichen – in einer oder mehreren weiteren Versionen berechnet wurden. Die Versionen unterschieden sich nach den Datengrundlagen und den Berechnungsverfahren. Da jede Version mit spezifischen Schätzfehlern behaftet sein konnte, konnten die Ergebnisdaten voneinander abweichen, obwohl sie jeweils einen einheitlichen Gegenstand maßen. Aus der Streuung der alternativen Ergebnisdaten konnten Schlüsse auf deren Genauigkeit gezogen werden. Damit wurde auch eine Aussage darüber möglich, mit welcher Sicherheit die zur Hauptversion erklärte Berechnungsmethode zu wahren Ergebnissen führte. Als Alternativen kamen fünf verschiedene Konzepte zur Anwendung. Das erste Konzept beruhte auf der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und dem Mikrozensus als Datenquellen und da-

mit ausschließlich auf laufenden statistischen Erhebungen. Diese Methode stellte außer in der Land- und Forstwirtschaft und den Bereichen mit hohen Beamtenanteilen in allen Wirtschaftsbereichen die vorläufige Hauptversion dar, weil die verwendeten Statistiken die Gesamtwirtschaft umfaßten und damit weitestgehend einheitliche Berechnungsabläufe erlaubten und weil die Beschränkung auf laufende Erhebungen rückwirkende Revisionen der Ergebnisdaten entbehrlich machten. Das zweite Konzept verwendete ebenfalls nur laufende Erhebungen, aber so weit wie möglich ohne die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Das dritte Konzept stützte sich vor allem auf wirtschaftsbereichsspezifische einmalige oder nur in mehrjährigen regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen wiederholte Erhebungen, deren Ergebnisse für die erhebungsfreien Jahre fortgeschrieben wurden. Das vierte Konzept beruhte auf der Hochrechnung der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer durch die mit Hilfe des Mikrozensus aktualisierte Arbeitsstättenzählung 1970. Nach dem fünften Konzept wurden die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 mit laufend erhobenen Daten fortgeschrieben. Die letztgenannten drei Konzepte hatten gemeinsam, daß die verwendeten nicht-jährlichen Erhebungen rückwirkende Revisionen erforderlich machten, wenn entsprechende neue Erhebungen durchgeführt wurden. Die Revision von Zeitreihen erschien insbesondere im Hinblick auf die beabsichtigte Prognose störend; daher wurden diese drei Konzepte zunächst grundsätzlich nicht zur Hauptversion erklärt.

Die im Jahre 1984 vorgelegte erste Beschäftigtenanalyse des LDS war als ein Teil umfassenderer Untersuchungen sowohl der Angebots- als auch der Nachfrageseite des Arbeitsmark-

tes zu verstehen. Dabei wäre es sinnvoll gewesen, für jede regionale und jede wirtschaftssystematische Einheit die angebotenen und die nachgefragten Arbeitsplätze gegenüberzustellen. Nachfrager von Arbeitsplätzen sind die Erwerbstätigen und die erwerbslosen Erwerbspersonen. Zum Angebot gehören die besetzten Arbeitsplätze und die offenen Stellen. Die Beschäftigtenanalyse betraf ausschließlich das Arbeitsplatzangebot; es wurde allerdings üblich, auch hier von der Anzahl der „Erwerbstätigen“ zu sprechen, obwohl diese Bezeichnung von der Nachfrageseite stammte. Sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite mußte die Anzahl der Arbeitsplätze nicht mit der Anzahl der Personen übereinstimmen; z. B. konnte eine Person mehrere Teilzeitarbeitsplätze besetzen oder nachfragen. Die Betrachtung der Arbeitsplätze – gegliedert nach Voll- und nach Teilzeitarbeitsplätzen mit verschiedener Arbeitsstundenzahl – statt der Personen wäre bei der Arbeitsmarktanalyse eventuell vorzuziehen gewesen. Die bilanzmäßige Gegenüberstellung der angebotenen und der nachgefragten Arbeitsplätze war jedoch aus Datengründen vorerst noch nicht möglich. Die erste Beschäftigtenanalyse konnte statt der Anzahl der besetzten Arbeitsplätze nur die Anzahl der Arbeitsplätze besetzenden Personen darstellen.

Das Tabellenprogramm der ersten Beschäftigtenanalyse des LDS bestand aus vier Tabellen für die Wirtschaftsbereiche außer Land- und Forstwirtschaft sowie einer Tabelle für die Land- und Forstwirtschaft. Der Ausdruck der Tabellen in der vollständigen regionalen und wirtschaftssystematischen Gliederung für die fünf Jahre des ersten Berichtszeitraums hätte ca. 3 500 Druckseiten erfordert. Jede der vier allgemeinen Tabellen enthielt explizit die Gesamtzahl der Erwerbstätigen und die Anzahl der

sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und damit implizit auch die Anzahl der – zu einer Gruppe zusammengefaßten – Selbständigen einschließlich ihrer mithelfenden Familienangehörigen und der Beamten einschließlich der anderen Erwerbstätigen mit beamtenähnlicher Versorgung. In der ersten dieser Tabellen waren darüber hinaus für die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer die Merkmale Geschlecht und Staatsangehörigkeit, in der zweiten Tabelle Merkmale der Stellung im Beruf (Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigung; Arbeiter, Angestellte, Auszubildende), in der dritten Tabelle Merkmale der Ausbildung (Berufsausbildung, Grad der Schul- und Hochschulbildung) und in der vierten Tabelle das Merkmal Lebensalter enthalten. Die Tabelle für die Land- und Forstwirtschaft wies neben der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur die Anzahl der familienfremden Arbeitskräfte und damit implizit auch die Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen aus.

Zur Beurteilung der Aussagefähigkeit der Ausgangs- und der Ergebnisdaten der ersten Beschäftigtenanalyse des LDS wurden umfassende Plausibilitätskontrollen vorgenommen. Die Datenkritik mußte vor allem an denjenigen Elementen des Modells ansetzen, die unersetzbar waren, besonders wenn Zweifel an ihrer Qualität bestanden. Hier war in erster Linie die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer betroffen, auf die einerseits als Rückgrat der Beschäftigtenanalyse nicht verzichtet werden konnte, bei der jedoch andererseits erhebliche Mängel zu befürchten waren. Aus den jahresdurchschnittlichen Arbeitnehmerzahlen dieser Statistik, die in der Beschäftigtenanalyse für jede Gemeinde und jede Wirtschaftsunterabteilung ermittelt wurden, wurden prozentuale Veränderungsdaten und absolute Veränderungen von Jahr zu Jahr berechnet. Als möglicherweise falsch bzw. zu-

mindest überprüfungsbedürftig wurden die Fälle angesehen, die sowohl nach den Veränderungsdaten als auch nach den absoluten Veränderungen jeweils eine bestimmte Grenze überschritten. Die Wirtschaftsbereiche unterschieden sich nach der Anzahl ihrer unplausiblen Fälle verhältnismäßig stark voneinander. Besonders unplausibel erschienen die für den Bergbau ausgewiesenen Arbeitnehmerzahlen. Bei der Interpretation der Veränderungen von Jahresdurchschnitten war zu berücksichtigen, daß diese gegenüber den zur Statistik tatsächlich gemeldeten Vierteljahresdaten bereits geglättet waren. Die Zeitreihen der ursprünglichen Quartalsendbestände verliefen noch erheblich unruhiger. Die hierin zum Ausdruck kommende begrenzte Aussagefähigkeit der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer mußte bei der Beurteilung der Ergebnisse der Beschäftigtenanalyse beachtet werden.

Die erste Beschäftigtenanalyse des LDS lieferte für jede regionale und jede wirtschaftssystematische Einheit je Berichtsjahr zwei oder mehrere nach verschiedenen Methoden ermittelte Schätzwerte der Gesamtbeschäftigtenzahl. Da bei jeder Methode spezifische Mängel in Kauf genommen werden mußten, wichen die Schätzwerte in der Regel voneinander und von der unbekanntem wahren Beschäftigtenzahl ab. Die Unterschiedlichkeit der vergleichbaren Schätzwerte wurde wegen der Niveauunterschiede – es gibt große und kleine Gemeinden bzw. Wirtschaftsbereiche – zweckmäßigerweise durch ein relatives Streuungsmaß gemessen. Dazu wurde der Variationskoeffizient – Standardabweichung der Schätzwerte in Prozenten ihres arithmetischen Mittels – verwendet. Die in der Beschäftigtenanalyse berechneten Variationskoeffizienten stellten einen dreidimensionalen Datensatz dar. In der ersten Dimension wurde der Einfluß der Region, in der zweiten der des

Wirtschaftsbereichs und in der dritten der des Berichtsjahres auf die Streuung der Berechnungsalternativen sichtbar. Große Variationskoeffizienten in einer Gemeinde bzw. einem Wirtschaftsbereich bzw. einem Jahr bedeuteten, daß bei den hierfür jeweils ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen mit relativ großen Schätzfehlern gerechnet werden mußte. Die detaillierte Auswertung der Variationskoeffizienten erschien insbesondere zur Vorbereitung einer Beschäftigtenprognose unverzichtbar.

Integriertes System der Erwerbstätigenberechnungen

Die gemeinsamen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Landesämter im „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ stellen ein über die drei Gebietsebenen des Bundes, der Bundesländer und der kreisfreien Städte und Kreise integriertes System dar, das sowohl die nationalen als auch die – durch Rechtsverordnung festgelegten⁷⁾ – Anforderungen der Europäischen Union erfüllt und sowohl der Arbeitsmarktbeobachtung als auch Zwecken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dient. Die Berechnungen gehen von den Volks- und Arbeitsstättenzählungen aus. Die für diese Basisjahre berechneten Erwerbstätigenzahlen werden unter Nutzung aller verfügbaren erwerbsstatistischen Informationen fortgeschrieben. Ein derartiges Fortschreibungsverfahren wurde vom Statistischen Bundesamt bei dessen monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Erwerbstätigenberechnungen bereits früher angewendet⁸⁾. Die oben erwähnten methodischen Bedenken gegen die Fortschreibung

7) Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 185 vom 15. 7. 1988).

8) Statistisches Bundesamt: „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“. Fachserie 1 Reihe 4.3, monatlich.

von Basiswerten wurden im gemeinsamen Arbeitskreis im Interesse der Einheitlichkeit über alle Gebietebenen zurückgestellt.

Im Rahmen des integrierten Systems der Erwerbstätigenberechnungen werden drei Darstellungskonzepte angewendet: das Inländer-, das Inlands- und das modifizierte Inlandskonzept. Beim Inländerkonzept werden alle Erwerbstätigen erfaßt, die ihren Wohnsitz in dem als „Inland“ bezeichneten betrachteten Gebiet haben und von hier aus einer Erwerbstätigkeit im Inland oder außerhalb dieses Gebietes – d. h. im „Ausland“ im Sinne der hier verwendeten Terminologie – nachgehen. Nicht berücksichtigt werden Einpendler aus dem Ausland, während Auspendler in das Ausland einbezogen werden. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der nach diesem Konzept erfaßten Inländer erfolgt nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit der im In- oder Ausland liegenden Arbeitsstätte als örtlicher Einheit. Beim Inlandskonzept werden demgegenüber alle Erwerbstätigen einbezogen, die ihre Erwerbstätigkeit bei im Inland liegenden Arbeitsstätten ausüben, unabhängig davon, ob der Wohnsitz dieser Personen im In- oder Ausland ist. Im Gegensatz zum Inländerkonzept werden beim Inlandskonzept aus der Sicht des betrachteten Gebietes die Einpendler mitberücksichtigt, während die Auspendler ausgeschlossen bleiben. Die Beschäftigten bei Stationierungstreitkräften und ausländischen Vertretungen im Inland bleiben beim Inlandskonzept unberücksichtigt, d. h. sie gelten als Beschäftigte im Ausland. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der nach dem Inlandskonzept erfaßten Personen erfolgt nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des sie beschäftigenden Unternehmens als rechtlicher Einheit, unabhängig davon, ob dieser Schwerpunkt von dem der Arbeitsstätte abweicht und ob die Unternehmenszentrale in einem anderen Gebiet ansässig ist als die im Inland

liegende Arbeitsstätte. Das modifizierte Inlandskonzept unterscheidet sich vom Inlandskonzept in der Weise, daß die wirtschaftssystematische Zuordnung nach dem Schwerpunkt der Arbeitsstätte erfolgt und die Beschäftigten bei Stationierungstreitkräften und ausländischen Vertretungen im Inland einbezogen werden. Die nach den drei Darstellungskonzepten parallel durchgeführten Erwerbstätigenberechnungen werden von verschiedenen organisatorisch und örtlich getrennten Stellen bearbeitet. Die Ergebnisse werden jedoch trotz der konzeptionellen Vielfalt und der dezentralen Durchführung der Berechnungen voll aufeinander abgestimmt. Diese Integration erfordert, daß die verschiedenen Berechnungen hinsichtlich der verwendeten Ausgangsdaten und Berechnungsmethoden soweit wie möglich aneinander angepaßt werden. Außerdem müssen die Ergebnisse für die Bundesländer auf die entsprechenden Bundesdaten und die Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Kreise auf die jeweiligen Landesdaten abgestimmt werden. Die hierarchische Abstufung von der Bundesebene (als der höchstrangigen Ebene) über die Länder- bis zu der Kreisebene ergibt sich teilweise aus dem zeitlichen Ablauf der Berechnungen; denn die Bundeswerte fallen früher als die Länderwerte und diese wiederum früher als die Kreiswerte an. Die Hierarchie ist außerdem sinnvoll, weil für die Berechnung auf höherer Gebietebeine umfangreichere Ausgangsdaten verfügbar sind, so daß die daraus resultierenden Ergebnisse als genauer angesehen werden können. Damit wird jedoch nicht ausgeschlossen, daß die auf unterer Gebietebeine gesammelten Erfahrungen – insbesondere bei der kleinräumigen Plausibilitätskontrolle – in die jeweils zukünftigen Berechnungen auf höherer Ebene eingehen.

Das integrierte System verwendet das Jahr der letzten Volks- und Arbeitsstättenzählung – also 1987 – als Ba-

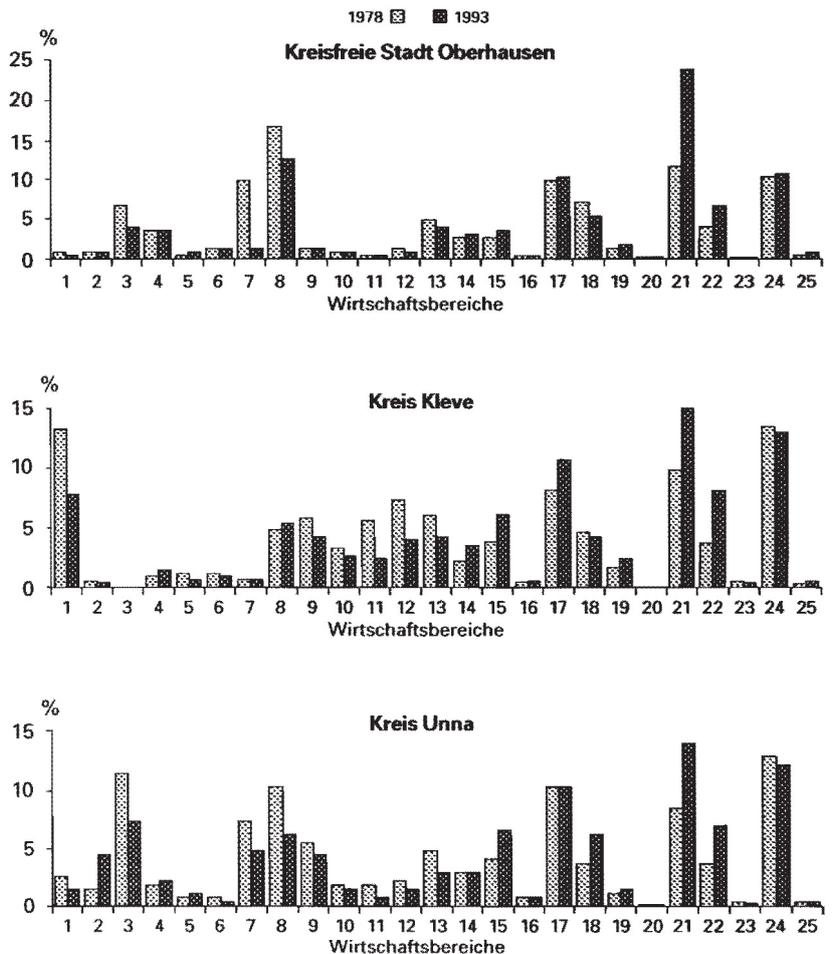
sisjahr. Dabei stimmt die Volks- (und Berufs-)Zählung konzeptionell weitgehend mit den Erwerbstätigenberechnungen überein; sie ist in der Lage, außer den Anforderungen des Inländerkonzepts auch die des Inlandskonzepts zu erfüllen. Die Volkszählungen haben jedoch generell den Nachteil, daß Untererfassungen auftreten können und daß bei einer solchen Personenbefragung die wirtschaftssystematische Gliederung nur sehr grob bzw. unsicher sein kann. Die Arbeitsstättenzählung ist dagegen – wie alle Betriebs- oder Unternehmensbefragungen – durch die sichere wirtschaftssystematische Zuordnung ausgezeichnet, weist jedoch konzeptionelle Unterschiede gegenüber den Erwerbstätigenberechnungen auf. In dieser Situation wurde die Entscheidung getroffen, die gemeinsamen Ausgangsdaten für alle Erwerbstätigenkonzepte zunächst aus der Arbeitsstättenzählung 1987 zu ermitteln und diese dann den entsprechend der Erwerbstätigenrechnung modifizierten Ergebnissen der Volkszählung 1987 gegenüberzustellen. Die aus der Arbeitsstättenzählung einerseits und der Volkszählung andererseits stammenden Datensätze wurden anschließend aufeinander abgestimmt. Die abgestimmten Ergebnisse wurden in die Datenbasis 1987 für die einzelnen Erwerbstätigenkonzepte übergeleitet. In diesem Zusammenhang wurden auch die Stichtagswerte der Volks- und Arbeitsstättenzählung in geschätzte Jahresdurchschnittswerte umgerechnet.

Die Jahresdurchschnittswerte des Basisjahres werden auf die folgenden Jahre mit Hilfe verschiedener erwerbsstatistischer Daten laufend fortgeschrieben. Die Fortschreibung erfolgt gesondert für 62 Wirtschaftsbe- reiche unter Berücksichtigung der verschiedenen Kategorien der Stellung im Beruf. Die Basiswerte bzw. die jeweiligen Vorjahreswerte werden nach der relativen jährlichen Veränderung, die die für das Fortschreibungs-

verfahren verwendete Ausgangsstatistik ausweist, fortgeschrieben. Die Quellen der Fortschreibungsdaten sind für die Berechnungen auf Kreis-, Länder- und Bundesebene einheitlich, soweit die Datenlage dies zuläßt. Allerdings sind auf Kreisebene einige Ausgangsstatistiken nur in mehrjährigen Abständen oder gar nicht verfügbar. Trotzdem ist eine weitgehend einheitliche Vorgehensweise bei der Berechnung auf allen drei Ebenen gewährleistet, so daß die Ergebnisse in methodischer Hinsicht nicht wesentlich voneinander abweichen. Die Fortschreibung der Länderwerte geschieht arbeitsteilig nach sog. Koordinierungsaufgaben, indem jedes statistische Landesamt ausschließlich für bestimmte Wirtschaftsbereiche die Ergebnisse für sämtliche Bundesländer ermittelt und auf die entsprechenden Bundeswerte abstimmt. Diese spezielle Form der Arbeitsteilung hat sich im „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ seit Jahrzehnten bewährt⁹⁾. Im folgenden werden die Datenquellen des integrierten Systems für die Fortschreibung der hier vorrangig interessierenden Kreisergebnisse wiedergegeben. Die Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird dabei im Bereich Land- und Forstwirtschaft nach der Betriebsdatei der Bodennutzungserhebung, im Bereich Baugewerbe nach der monatlichen Berichterstattung des Bauhauptgewerbes sowie (im Ausbaugewerbe) nach dem Mikrozensus und in allen anderen in Frage kommenden Wirtschaftsbereichen allein nach dem Mikrozensus fortgeschrieben. Aus dem Mikrozensus wird die landesdurchschnittliche Veränderungsrate für jeden Kreis verwendet. Die Anzahl der Beamten wird im Sektor Staat

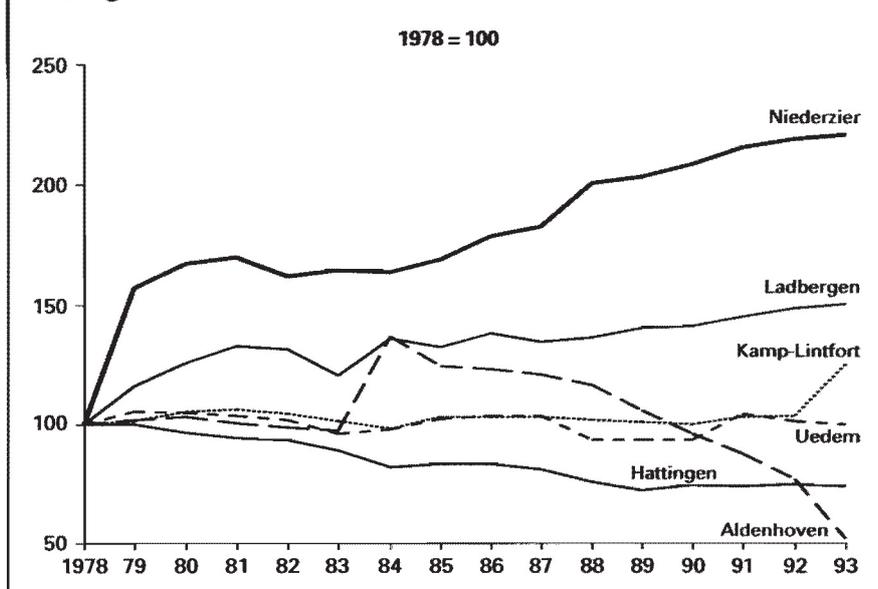
9) Vgl. E. Schuh: „Aufbau und Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“. In: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1982; Reihe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 13, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Stuttgart 1984.

Verteilung der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahl auf 25 Wirtschaftsbereiche in einigen kreisfreien Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen 1978 und 1993



- | | |
|--|---|
| 1 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 12 Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung |
| 2 Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung | 13 Bauhauptgewerbe |
| 3 Bergbau | 14 Ausbaugewerbe |
| 4 Chem. Industrie, Herst. u. Verarb. von Spalt- u. Brutst., Mineralölverarbeitung | 15 Großhandel |
| 5 Herst. von Kunststoff- und Gummiwaren | 16 Handelsvermittlung |
| 6 Gew. u. Verarb. von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe | 17 Einzelhandel |
| 7 Metallherzeugung und -bearbeitung | 18 Verkehr und Nachrichtenübermittlung |
| 8 Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau, Herst. v. Büro- masch., ADV-Geräten u. -einrichtungen | 19 Kreditinstitute |
| 9 Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herst. v. EBM-Waren, Musikinstrum., Sportgeräten, Schmuck, Foto- und Filmlabors | 20 Versicherungsgewerbe |
| 10 Holz-, Papier- und Druckgewerbe | 21 Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht |
| 11 Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe | 22 Organisationen ohne Erwerbszweck |
| | 23 Private Haushalte |
| | 24 Gebietskörperschaften, Vertretung fremder Staaten usw. |
| | 25 Sozialversicherung, Arbeitsförderung |

Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahl in einigen Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen 1978 bis 1993



nach der Personalstandstatistik der öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit Meldungen der zuständigen Behörden über die Soldaten und die Zivildienstleistenden, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Bahn und Post) allein nach der Personalstandstatistik, im Bereich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen nach Meldungen der Deutschen Bundesbank und in den anderen in Frage kommenden Wirtschaftsbereichen nach dem Mikrozensus kreisweise fortgeschrieben. Für die Anzahl der Arbeiter und Angestellten einschließlich der Auszubildenden werden die monatliche Berichterstattung der Energie- und Wasserversorgung, des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes (hier unter Hinzuziehung der jährlichen Kleinbetriebserhebung) und des Bauhauptgewerbes zur Fortschreibung der Kreisergebnisse verwendet. Im Sektor Staat sowie bei Bundesbahn und Bundespost kommt die Personalstandstatistik auch hier zur Anwendung. In allen anderen Wirtschaftsbereichen wird die Anzahl

der Arbeiter und Angestellten nach der vierteljährlichen Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fortgeschrieben. Bevor die aufgeführten Datenquellen in das Fortschreibungsverfahren eingehen, werden sie soweit wie möglich den Anforderungen des Kreisschätzmodells angepaßt. Die Anpassung bezieht sich vor allem auf die wirtschaftssystematische Gliederung sowie auf die Ergänzung von fehlenden Teilen (z. B. nicht versicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten).

Im integrierten System sind die Unterschiede in der Datenbasis zwischen der Bundes- und der Länderebene nur sehr gering, zwischen der Länder- und der Kreisebene dagegen größer. Die Fortschreibung weicht auf der Kreisebene in den nachstehenden Punkten von der auf der Länderebene ab. Auf der Kreisebene wird auf eine Bereinigung der Monatsberichte um die Zahl der Selbständigen und mithelfenden

Familienangehörigen verzichtet. Bei jährlichen Angaben – mit einem einzigen Stichtag pro Jahr – wird auf Kreisebene unterstellt, daß der Stichtagswert gleich dem Jahresdurchschnitt ist. Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen über zivile Beschäftigte bei Stationierungsstreitkräften liegen auf Kreisebene nicht vor. Die Ergebnisse der Personalstandstatistik fallen auf Kreisebene nur in mehrjährigen Abständen – in der Regel alle drei Jahre – an; sie werden daher am aktuellen Rand der Zeitreihen entsprechend der Entwicklung auf Länderebene geschätzt.

Die Berechnung der Länderergebnisse wird innerhalb des integrierten Systems für jedes Berichtsjahr mit sukzessive vervollständigter Datenbasis mehrfach wiederholt. Ende Januar bis Anfang Februar des Folgejahres wird eine sog. „Schnellrechnung“ nach stark vereinfachter Methode für das jeweilige Vorjahr durchgeführt. Eine „angepaßte Schnellrechnung“ – nicht ganz logisch auch bezeichnet als „erste vorläufige Länderrechnung“ – erfolgt dann im September des Folgejahres. Eine „zweite vorläufige Länderrechnung“ fällt im September des zweiten Folgejahres an. Die „endgültige Länderrechnung“ ergibt sich im September des dritten Folgejahres. Somit gibt es innerhalb von drei Jahren für jedes Berichtsjahr vier aufeinanderfolgende Länderergebnisse, die auf von Rechnung zu Rechnung verbesserten Ausgangsdaten beruhen und dementsprechend genauer werden. Ein derartiges Vorgehen, mit dem die Anforderungen nach Aktualität und nach Genauigkeit gleichgewichtig erfüllt werden sollen, wurde aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übernommen, wo es seit Jahrzehnten praktiziert wird¹⁰⁾.

10) Vgl. W. Gerß: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Fortschreibungsmethoden der Entstehungsrechnung für Nordrhein-Westfalen“. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen Heft 5/1978, S. 229 ff.

Im Gegensatz zu den Länderergebnissen werden die Kreis- und Gemeindeergebnisse der Erwerbstätigenberechnung für jedes Berichtsjahr nur einmal ermittelt. Diese kleinräumigen Berechnungen sollten unter Genauigkeitsgesichtspunkten eigentlich erst auf der Grundlage der endgültigen Länderergebnisse erfolgen. Mit einer derartig späten Ergebnislieferung kann jedoch der Datenbedarf der Europäischen Union nicht gedeckt werden. Daher werden die kleinräumigen Berechnungen bereits auf der Grundlage der „ersten vorläufigen Länderrechnung“ durchgeführt.

In den Abbildungen auf S. 10 und 11 sind Ergebnisse der Erwerbstätigenberechnung für einige ausgewählte Kreise und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen dargestellt. Diese Ergebnisse beruhen – für kreisfreie Städte und Kreise einerseits und für kreisangehörige Gemeinden andererseits einheitlich – ab Berichtsjahr 1987 auf den Methoden des „Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, für die Jahre 1978 bis 1986 dagegen auf den oben beschriebenen früheren Arbeiten des LDS. Die Anpassung der Ergebnisse der früheren landeseigenen Arbeiten an die neueren Ergebnisse des Arbeitskreises ist schätzungsweise erfolgt. ■

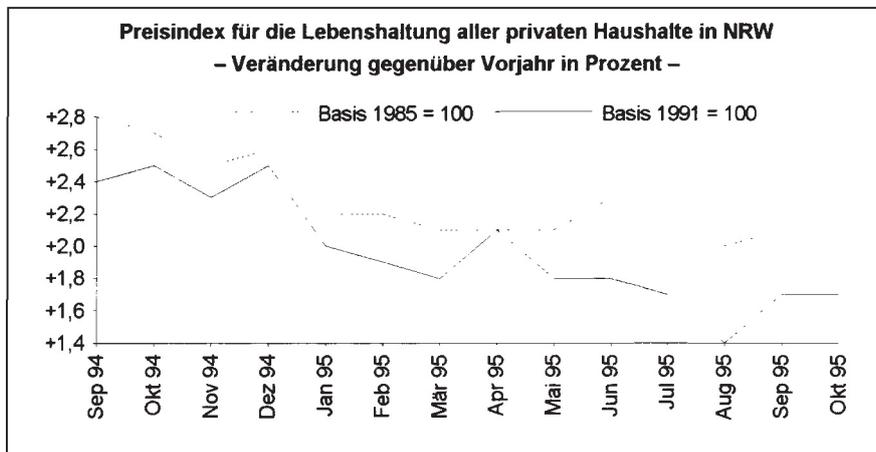
Preisindex für die Lebenshaltung auf neuer Basis

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW berechnet von Oktober 1995 an – wie demnächst auch andere Bundesländer – die monatlichen und jährlichen Teuerungsraten nur noch mit den Warenkörben des aktuellen Basisjahres 1991; für die alten Warenkörbe 1985 wurden Preisindizes in Nordrhein-Westfalen letztmals im September bekanntgegeben. Die bundeseinheitlichen Warenkörbe müssen von Zeit zu Zeit modernisiert werden, um ihren Umfang, ihre Zusammensetzung und die Gewichtung der einzelnen Güter dem sich ändernden Ausgabenverhalten der Privathaushalte anzupassen.

Darüber hinaus war die jüngste Indexumstellung mit verschiedenen methodischen und konzeptionellen Änderungen verbunden, die z. T. aufgrund internationaler Empfehlungen erforderlich waren und unterschiedliche Indexentwicklungen für die alten und neuen Warenkörbe mitverursachten. So führt insbesondere der im Warenkorb 1991 stark reduzierte Anteil der sich überdurchschnittlich verteuernden Dienstleistungen der Versicherungen zu einer niedrigeren Teuerungsrate auf neuer Basis. Wie die Tabelle zeigt, errechnen sich z. B. für September eine Jahresrate des Preisindex von 2,1 % auf alter Basis und von 1,7 % auf neuer Basis; ohne Berücksichtigung der Versicherungsleistungen wäre die Differenz (0,4 %-Punkte) nur halb so stark ausgefallen (Jahresraten von 1,8 bzw. 1,6 %). Der geringere Anteil der Versicherungsleistungen ergibt sich aus der Umstellung der Berechnungsgrundlage von den Bruttoprämien zu den reinen Dienstleistungsentgelten (Bruttoprämien abzügl. Erstattungen im Schadenfall).

**Auswirkungen der Indexumstellung an Beispielen
(September 1995 gegenüber September 1994)**

Preisindex	Wägungsanteil		Veränderung September 1995 gegenüber September 1994	
	Basis		Basis	
	1985 = 100	1991 = 100	1985 = 100	1991 = 100
	‰		%	
Preisindex für die Lebenshaltung ohne Dienstleistungen der Versicherungen	1 000 936,85	1 000 981,71	+2,1 +1,8	+1,7 +1,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	224,90	+0,5	+0,6
Bekleidung, Schuhe	69,47	73,83	+1,4	+1,4
Wohnungsmieten, Energie	250,29	245,34	+3,2	+3,2
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	177,77	191,93	+4,1	+4,0
Energie	72,52	53,41	-0,3	-0,2
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	76,99	+1,7	+1,6
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	53,53	+2,4	+1,8
Dienstleistungen von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften	10,24	18,32	+2,1	+1,8
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	167,85	+0,9	+1,0
Kraftfahrzeuge und Fahrräder	55,73	70,98	+0,9	+0,9
Kfz-Reparaturen	19,57	29,51	+2,4	+2,3
Dieselmotorkraftstoff	6,05	3,71	-0,1	-0,1
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	91,66	+1,9	+1,4
Rundfunk- und Fernsehgebühren	5,59	7,07	-	-
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	65,90	+5,2	+2,3
Dienstleistungen der Versicherungen	63,15	18,29	+6,1	+6,1



Indexumstellungen können sich auf Verträge mit Preisgleit- und Wertsicherungsklauseln auswirken (z. B. Miet-, Pacht-, Renten-, Unterhaltszahlungsverträge). Zu den sich hierbei ergebenden fachlichen Fragen erteilt das LDS NRW Auskunft. Bei Verträgen, die prozentuale Anpassungen vorsehen, empfiehlt es sich grundsätzlich, Ansprüche aus den Indizes auf der neuen Originalbasis 1991 herzuleiten. Über privatrechtliche Folgerungen müssen die Vertragsparteien jedoch selbst entscheiden (evtl. mit Hilfe eines Rechtsberaters).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im III. Quartal 1995

Die Auftragseingänge des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes lagen im dritten Vierteljahr 1995 um 5 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Dabei mußten sowohl im Hochbau (–6 %) als auch im Tiefbau (–5 %) Rückgänge verzeichnet werden.

Innerhalb des Hochbaus konnte nur der öffentliche Hochbau annähernd das Vorjahresergebnis erreichen; im gewerblichen und industriellen Hochbau betrug der Rückgang 1 % und im Wohnungsbau sogar 15 %. Im Bereich des Tiefbaus lagen die Auftragseingänge im gewerblichen und industriellen Tiefbau um 8 % unter dem Vorjahresergebnis, gefolgt vom Straßenbau (–6 %) sowie dem sonstigen öffentlichen Tiefbau (–1 %).

Preisindex für die Lebenshaltung im November 1995

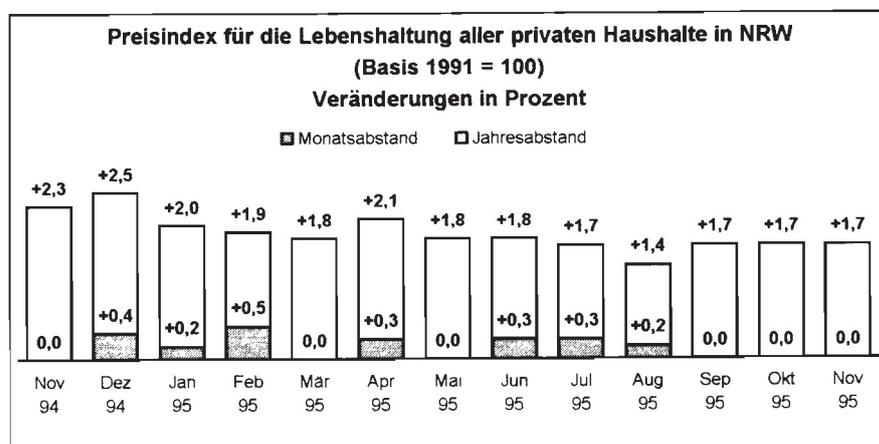
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich in Nordrhein-Westfalen seit vorigem Monat (Mitte November/Mitte Oktober) und damit während des letzten Vierteljahres nicht mehr verändert (September, Oktober, November: jeweils 112,3 Punkte/Basis 1991 = 100); gegenüber dem Vorjahr (November 1994) ist er jedoch um +1,7 % gestiegen. Auch im Oktober und September hatte die Jahresrate des Preisindex auf der Basis 1991 bei +1,7 % gelegen.

Zur fortgesetzten Stabilisierung des Preisniveaus haben seit Mitte vorigen Monats nicht nur jahreszeitlich bedingte Einflüsse beigetragen: Zwar verbilligten sich vor allem saisonale Nahrungsmittel, Ferienwohnungen und Flugreisen, doch blieben auch die Preise in anderen Verbrauchsgruppen teils stabil (Bildung, Unterhaltung, Freizeit; Gesundheits- und Körperpflege), teils stiegen sie nur mäßig (z. B. Wohnungsmieten). Dagegen verteuerten sich insbesondere Mineralölprodukte und die Ausgangengruppe „Milch, Käse, Eier, Speisefette“ überdurchschnittlich.

Für die ersten elf Monate 1995 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +1,8 % (Januar bis November 1994/93: +2,6 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen**

gegenüber dem Vormonat –0,1 % (auf 112,5 Punkte) und in Jahresfrist +1,6 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 112,3 Punkte) –0,2 % bzw. +1,7 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringerem Einkommen** (auf 113,3 Punkte) +0,1 % bzw. +1,8 %.



Wohngeld 1994

Seit 1965 gibt es das Wohngeld als staatliche Hilfe, um auch einkommensschwachen Haushalten die Sicherung angemessenen Wohnraums zu ermöglichen. Die Wohngeldstatistik liefert sowohl Angaben über das „spitz berechnete“, d. h. nach Antragstellung gewährte, als auch über das im II. Quartal 1991 eingeführte „pauschalierte“ Wohngeld, das Sozialhilfeempfängern und Empfängern von Kriegsopferfürsorge zusteht. Die Statistik soll es ermöglichen, die Auswirkungen der Wohngeldpolitik zu überprüfen und Hinweise auf ggf. erforderliche Gesetzesanpassungen zu geben.

Aus den Ergebnissen für das Jahr 1994 ergibt sich, daß die Zahl der Wohngeldempfänger nur leicht zugenommen hat bei gleichzeitig deutlichem Anstieg des insgesamt gezahlten Wohngeldbetrags. Die Strukturverschiebung innerhalb des Empfängerkreises zugunsten der Empfänger von „pauschalierem“ Wohngeld hat sich weiter fortgesetzt. Nicht zuletzt diese Verschiebung hat zusammen mit dem allgemein gestiegenen Wohnkostenniveau bewirkt, daß der durchschnittliche monatliche Wohngeldbetrag je Empfänger nochmals gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat. Bei der regionalen Betrachtung der Anzahl der Wohngeldempfänger bezogen auf die Einwohnerzahl werden darüber hinaus Unterschiede zwischen den Verwaltungsbezirken, insbesondere zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen, sichtbar.

Im Jahr 1965 wurde mit Wirkung vom 1. April bundesweit die Zahlung von Wohngeld eingeführt. Das Wohngeld dient – neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus – als wichtiges sozial- und wohnungspolitisches Instrument dazu, einkommensschwächeren Haushalten angemessenen Wohnraum zu sichern bzw. die hierfür aufzuwendenden Wohnkosten der wirtschaftlichen Situation anzupas-

sen. Auf die Zahlung von Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch, sofern bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Wohngeld steht sowohl Mietern als auch Eigentümern zu; Bestimmungsfaktoren für den Anspruch sind u. a. die Höhe der monatlichen Miete bzw. Belastung, die Zahl der zum Haushalt zählenden Personen sowie das Familieneinkommen.

Das Wohngeldgesetz ordnet auch die Durchführung einer Statistik an, um anhand der Ergebnisse die Auswirkungen des Gesetzes unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten überprüfen zu können. Im Laufe der Jahre wurde die Gesetzesgrundlage mehrmals an neue Gegebenheiten angepaßt; zur Zeit gilt das Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 2. 1993 (BGBl. I S. 183). Auskunftspflichtig im Rahmen der Statistik sind die Bewilligungsbehörden der Städte und Gemeinden.

Ab dem zweiten Quartal 1991 wurde durch eine gesetzliche Neuregelung das „pauschalierte“ Wohngeld bundesweit eingeführt, das – anders als das sogenannte „spitz berechnete“ Wohngeld – ohne Antragstellung gewährt wird und Sozialhilfeempfängern und Empfängern von Kriegsopferfürsorge zusteht. Diesem Personenkreis wird pauschal ein bestimmter Vomhundertsatz der Miete (in Nordrhein-Westfalen: 49,2 %) als Wohngeld gezahlt; hiermit soll eine Verwaltungsvereinfachung erreicht werden. Das pauschalierte Wohngeld wird grundsätzlich nur an Mieter gezahlt, Eigentümern steht – bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen – ggf. spitz berechnetes Wohngeld zu.

Im Jahr 1994 zahlte die öffentliche Hand in Nordrhein-Westfalen einen Betrag in Höhe von 1,39 Milliarden DM als Wohngeld, um auch einkommensschwächeren Haushalten eine angemessene Wohnraumversorgung zu sichern. Der Empfängerkreis dieser

staatlichen Hilfe belief sich zum 31. 12. 1994 auf 675 064 Haushalte, das waren nur wenig mehr als zum entsprechenden Vorjahresstichtag (+6 852 Haushalte bzw. +1,0 %). Auch 1994 ergab sich eine weitere Verschiebung in der Struktur der Wohngeldempfänger, demzufolge nahm der Anteil der Empfänger von pauschalierem Wohngeld auf 46,6 % zu (1993: 43,8 %), der Anteil der Fälle von spitz berechnetem Wohngeld nahm entsprechend weiter ab. Beim letztgenannten Empfängerkreis ging außerdem der Anteil der Lastenzuschußempfänger, d. h. der Wohneigentümer, auch 1994 nochmals zurück und lag am Jahresende bei 5,9 % (1993: 6,2 %). Insgesamt erhielten 360 300 Empfänger am 31. 12. 1994 spitz berechnetes Wohngeld (–4,0 %) – darunter 21 180 Lastenzuschußempfänger –, und 314 764 Haushalten (+7,5 %) stand pauschaliertes Wohngeld zu.

Mit der Verschiebung zugunsten der Empfänger von pauschalierem Wohngeld ging ein Anstieg der absoluten Höhe der Wohngeldzahlungen und des durchschnittlich je Empfänger gezahlten Betrages einher: Das insgesamt gezahlte Wohngeld lag um 10,0 %¹⁾ über dem Wert des Vorjahres, und das durchschnittliche monatliche Wohngeld je Empfänger belief sich auf 188 DM (1993: 178 DM). Während sich für den Personenkreis, der spitz berechnetes Wohngeld erhielt, nur ein um 2 DM gegenüber dem Vorjahr gesteigener Durchschnittswert errechnete, nahm der den Sozialhilfeempfängern und Empfängern von Kriegsopferfürsorge zustehende monatliche Wohngeldbetrag von 237 DM auf 252 DM zu. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß dem letztgenannten Personenkreis das Wohngeld als fester Prozentanteil der anerkannten Miete ohne weitere Berück-

¹⁾ berechnet aus den jeweiligen Quartalsergebnissen gemäß den Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen

sichtigung der speziellen Einkommenssituation und der Personenzahl des Haushalts gewährt wird. Zu berücksichtigen ist auch, daß in einigen Städten und Gemeinden Sozialhilfeempfänger wie z. B. Aussiedler und Asylbewerber mangels anderer geeigneter Möglichkeiten zeitweise in vergleichsweise teuren Unterkünften (Hotels, Pensionen) untergebracht waren.

Der Anteil der Wohngeldempfänger, die 1994 einen monatlichen Durchschnittsbetrag von 200 oder mehr DM erhielten, lag dementsprechend bei den Beziehern von pauschalierem Wohngeld mehr als dreimal so hoch (63,9 %) wie bei den Empfängern von spitz berechnetem Wohngeld (19,3 %). Der Vorjahresvergleich zeigt, daß sich gerade für die Gruppe mit dem höchsten durchschnittlichen Wohngeldanspruch (300 und mehr DM) beim pauschalierten Wohngeld nochmals ein deutlicher Anstieg des Anteils von 25,2 % auf 29,7 % in 1994 ergeben hat.

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1993 und 1994 nach der Höhe des monatlichen Anspruchs sowie der Art des Wohngeldes						
Art des Wohngeldes	Wohngeldempfänger					Durchschnittliches monatliches Wohngeld
	insgesamt	davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... DM				
		Anzahl	unter 100	100 – 200	200 – 300	300 und mehr
1993						
Empfänger von Wohngeld insgesamt	668 212	30,6	32,9	21,8	14,7	178
davon erhielten spitz						
berechnetes Wohngeld	375 303	46,0	35,3	12,2	6,5	131
davon						
Mietzuschuß	352 216	46,5	35,4	12,0	6,1	129
Lastenzuschuß	23 087	38,6	33,3	15,4	12,7	163
erhielten						
pauschaliertes Wohngeld	292 909	10,8	29,8	34,2	25,2	237
1994						
Empfänger von Wohngeld insgesamt	675 064	28,9	30,9	22,5	17,6	188
davon erhielten spitz						
berechnetes Wohngeld	360 300	45,9	34,7	12,4	6,9	133
davon						
Mietzuschuß	339 120	46,4	34,8	12,2	6,6	131
Lastenzuschuß	21 180	38,3	32,9	15,2	13,6	166
erhielten						
pauschaliertes Wohngeld	314 764	9,5	26,6	34,2	29,7	252

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1993 und 1994 nach der monatlichen Miete/Belastung sowie der Art des Wohngeldes									
Art des Wohngeldes	Wohngeldempfänger								
	insgesamt	davon mit einer monatlichen Miete/Belastung je m ² Wohnfläche von ... bis unter ... DM							
		unter 6		6 – 8		8 – 10		10 und mehr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1993									
Empfänger von Wohngeld insgesamt	668 212	66 152	9,9	168 287	25,2	229 088	34,3	204 685	30,6
davon erhielten spitz									
berechnetes Wohngeld	375 303	32 779	8,7	100 618	26,8	139 372	37,1	102 534	27,3
davon									
Mietzuschuß	352 216	27 083	7,7	96 991	27,5	135 050	38,3	93 092	26,4
Lastenzuschuß	23 087	5 696	24,7	3 627	15,7	4 322	18,7	9 442	40,9
erhielten									
pauschaliertes Wohngeld	292 909	33 373	11,4	67 669	23,1	89 716	30,6	102 151	34,9
1994									
Empfänger von Wohngeld insgesamt	675 064	53 222	7,9	140 341	20,8	222 823	33,0	258 678	38,3
davon erhielten spitz									
berechnetes Wohngeld	360 300	24 168	6,7	78 657	21,8	131 494	36,5	125 981	35,0
davon									
Mietzuschuß	339 120	18 914	5,6	75 445	22,2	127 695	37,7	117 066	34,5
Lastenzuschuß	21 180	5 254	24,8	3 212	15,2	3 799	17,9	8 915	42,1
erhielten									
pauschaliertes Wohngeld	314 764	29 054	9,2	61 684	19,6	91 329	29,0	132 697	42,2

Allerdings dürfte nicht zuletzt auch die allgemeine Steigerung der Mieten und Lasten die Höhe der Wohngeldzahlungen beeinflusst haben. Während im Jahr 1993 noch knapp ein Zehntel aller Wohngeldempfänger weniger als 6 DM je Quadratmeter an Wohnkosten aufbringen mußte und ein weiteres Viertel nur eine Quadratmetermiete bzw. -belastung zwischen 6 DM und 8 DM zahlte, entfiel 1994 auf die erste Kategorie lediglich jeder 13. bzw. auf die zweite Gruppe nur rd. ein Fünftel. Ende 1994 mußten insgesamt sieben von zehn Wohngeldempfängern 8 DM oder mehr für den Quadratmeter Wohnraum aufwenden, im Jahr zuvor waren es noch nicht ganz zwei Drittel.

Signifikante Unterschiede hinsichtlich der Miethöhen lassen sich bei den verschiedenen Empfängerkreisen erkennen. Bei denjenigen Haushalten, denen pauschaliertes Wohngeld zustand, war die Gruppe mit der niedrigsten (9,2 % gegenüber 5,6 %) und der höchsten Mietbelastung (42,2 % ge-

genüber 34,5 %) stärker besetzt als bei den Mietern, die spitz berechnetes Wohngeld erhielten. Auch bei den Lastenzuschußempfängern fällt die große Gruppe auf, die eine sehr geringe Belastung von weniger als 6 DM je Quadratmeter Wohnfläche aufzubringen hatten (24,8 %) oder einen recht hohen Betrag von 10 und mehr DM zahlen muß (42,1 %).

Typisch für Wohngeldempfänger ist, daß es sich zu einem großen Teil um Single-Haushalte handelt, am 31. 12. 1994 waren es 45,9 %. Hier sind auch nur geringe Unterschiede bei den Empfängerkreisen – soweit es sich um Mieter handelt – festzustellen. Bei den Lastenzuschußempfängern bzw. den Eigentümern überwiegen die Familien. Dementsprechend zählten hier 44,7 % zu den Haushalten mit 5 und mehr Personen, und auch die 4-Personen-Haushalte waren in dieser Gruppe relativ zahlreich vertreten (23,2 %). Bei den Haushalten, die pauschaliertes Wohngeld erhielten, handelte es sich neben der Vielzahl von

Single-Haushalten auch sehr oft um Zwei-Personen-Haushalte, vermutlich Alleinerziehende mit Kindern. Der entsprechende Anteil erreichte Ende 1994 insgesamt 24,5 %. Vergleichsweise selten waren in dieser Gruppe Vier-Personen-Haushalte (8,7 %) und Haushalte mit fünf und mehr Personen (6,7 %) vertreten. Bei den Mietzuschußempfängern lagen diese Anteile dagegen mit 13,4 % bzw. 12,7 % deutlich höher.

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1993 und 1994 nach der Haushaltsgröße sowie der Art des Wohngeldes								
Haushaltsgröße	Wohngeldempfänger							
	insgesamt		davon erhielten					
			spitz berechnetes Wohngeld				pauschaliertes Wohngeld	
	Lastenzuschuß		Mietzuschuß					
1993	1994	1993	1994	1993	1994	1993	1994	
Anzahl								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	319 311	310 180	3 440	3 190	177 842	166 904	138 029	140 086
2	125 252	130 335	2 351	2 099	54 298	51 214	68 603	77 022
3	77 525	83 315	1 581	1 516	32 182	32 588	43 762	49 211
4	74 719	77 683	5 602	4 912	45 540	45 405	23 577	27 366
5 und mehr	71 405	73 551	10 113	9 463	42 354	43 009	18 849	21 079
Insgesamt	668 212	675 064	23 087	21 180	352 216	339 120	292 909	314 764
%								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	47,8	45,9	14,9	15,1	50,5	49,2	47,1	44,5
2	18,7	19,3	10,2	9,9	15,4	15,1	23,4	24,5
3	11,6	12,3	6,8	7,2	9,1	9,6	14,9	15,6
4	11,2	11,5	24,8	23,2	12,9	13,4	8,0	8,7
5 und mehr	10,7	10,9	43,8	44,7	12,0	12,7	6,5	6,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1993 und 1994 nach Verwaltungsbezirken		
Verwaltungsbezirk	1993	1994
	Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner	
Reg.-Bez. Düsseldorf davon kreisfreie Städte Kreise	47,1 51,3 39,9	45,6 49,2 39,5
Reg.-Bez. Köln davon kreisfreie Städte Kreise	33,4 43,4 26,8	33,6 44,1 26,6
Reg.-Bez. Münster davon kreisfreie Städte Kreise	31,6 41,2 28,1	33,2 45,9 28,7
Reg.-Bez. Detmold davon kreisfreie Stadt Kreise	28,5 37,9 26,7	29,3 40,7 27,1
Reg.-Bez. Arnsberg davon kreisfreie Städte Kreise	37,7 49,6 29,3	39,5 52,1 30,6
Nordrhein-Westfalen davon kreisfreie Städte Kreise	37,6 47,7 30,1	37,9 48,0 30,4

Bezogen auf die Einwohnerzahl hat sich die durchschnittliche Zahl der Wohngeldempfänger im Land ebenfalls erhöht. Ende des Jahres 1994 wurden je 1 000 Einwohner rein rechnerisch 37,9 Wohngeldempfänger gezählt, diese Kennziffer lag damit geringfügig höher als Ende des Jahres 1993 (37,6). Typisch sind hier die vergleichsweise höheren Kennziffern in den kreisfreien Städten (48,0 Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner) gegenüber denjenigen in den Kreisen

(30,4). Dies zeigt sich nicht nur im Landesdurchschnitt, sondern auch in allen Regierungsbezirken, da tendenziell die Wohnraumknappheit in den kreisfreien Städten größer ist und die Wohnkosten höher liegen. Gewisse Unterschiede lassen sich jedoch auch hier erkennen: So liegen die kreisfreien Städte in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg mit 49,2 bzw. 52,1 Wohngeldbeziehern je 1 000 Einwohner recht deutlich über dem Landesdurchschnitt. Auch in den Kreisen beider Regierungsbezirke gab es bezogen auf die Einwohnerzahl vergleichsweise viele Wohngeldempfänger. Die Quoten lagen bei 39,5 je 1 000 Einwohner im Regierungsbezirk Düsseldorf und 30,6 im Regierungsbezirk Arnsberg. In den übrigen Regierungsbezirken reichten diese Kennziffern von 26,6 bis 28,7. Die niedrigste Quote wies sowohl insgesamt (29,3) als auch für die kreisfreien Städte (40,7) der Regierungsbezirk Detmold auf, während für die Kreise im Regierungsbezirk Köln die niedrigste Kennziffer (26,6) ermittelt wurde. ■

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe am 30. September 1995

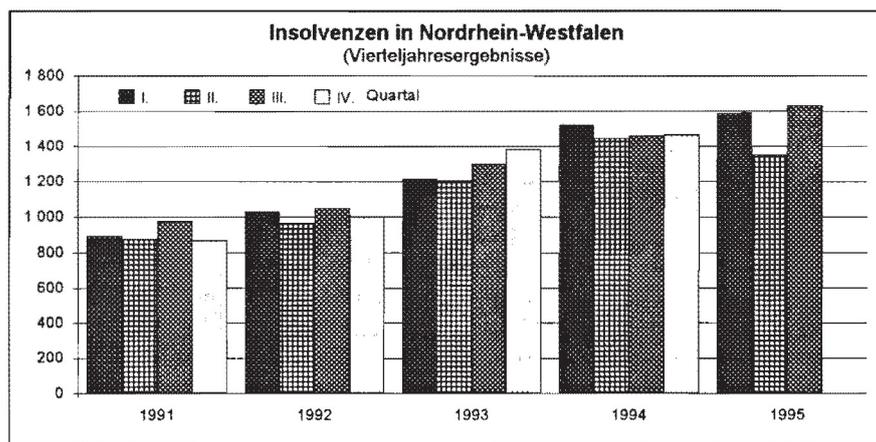
Der Auftragsbestand des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes belief sich Ende September 1995 auf rund 11,7 Milliarden DM. Er war damit um 7 % niedriger als ein Jahr zuvor, wobei im Hochbau ein Rückgang um knapp 6 % und im Tiefbau ein Minus von 10 % zu verzeichnen war.

Innerhalb des Hochbaus wies der Wohnungsbau (-10 %) den höchsten Rückgang auf, gefolgt vom öffentlichen Hochbau (-4 %) sowie dem gewerblichen und industriellen Hochbau (-3 %). Im Bereich des Tiefbaus ergaben sich sowohl im gewerblichen und industriellen Tiefbau (-13 %) als auch im sonstigen öffentlichen Tiefbau (-11 %) zweistellige Abnahmeraten; im Straßenbau war der Auftragsbestand um 4 % niedriger als vor Jahresfrist.

Insolvenzen im III. Quartal 1995

Im dritten Quartal dieses Jahres wurden bei den nordrhein-westfälischen Amtsgerichten 1 632 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt, 11,9 % mehr als im dritten Quartal 1994. Über drei Viertel (1 259) dieser Insolvenzen betrafen Unternehmen; am stärksten betroffen war der Handel (317 Fälle; 6,7 % mehr als vor Jahresfrist), gefolgt vom Baugewerbe (288; +30,9 %) und dem Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (240; +8,6 %).

Die Zahl der Insolvenzen stieg im Zeitraum von Januar bis September dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,3 % auf 4 573. Bis auf 24 Ausnahmen, in denen ein Vergleichsverfahren eröffnet werden konnte (dazu müssen mindestens 35 % der Gläubigerforderungen gedeckt sein), war bei allen in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Gemeinschuldern die Überschuldung oder Illiquidität so groß, daß nur noch Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens gestellt werden konnten, von denen zudem fast zwei Drittel wegen unzureichender Konkursmasse abgelehnt werden mußten, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden war.



Diagnosestatistik der Krankenhäuser 1993

In nordrhein-westfälischen Krankenhäusern wurden 1993 rund 3,5 Millionen Patientinnen und Patienten behandelt. Dabei waren Krankheiten des Kreislaufsystems (16,0 % aller Patienten) am häufigsten Grund für den Krankenhausaufenthalt, gefolgt von Neubildungen (11,1 %), Verletzungen und Vergiftungen (10,4 %) und Krankheiten der Verdauungsorgane (10,1 %).

Die neue Diagnosestatistik der Krankenhäuser, der diese Zahlen entstammen, zeigt auch Zusammenhänge zwischen dem Alter der Menschen und bestimmten Erkrankungen auf: Während etwa Krankheiten des Kreislaufsystems und Neubildungen mit wachsendem Alter häufiger auftreten, gibt es bei Verletzungen und Vergiftungen Schwerpunkte bei Männern zwischen 15 und 24 Jahren und bei Frauen, die älter als 75 Jahre sind. Infektionskrankheiten treten bei Kindern unter 15 häufiger auf als in allen anderen Altersgruppen.

Die mittlere Verweildauer im Krankenhaus belief sich im Durchschnitt aller Patienten auf 14,1 Tage. Je nach Diagnose war hier eine Spannweite von 7,3 Tagen (Komplikationen bei der Schwangerschaft, der Entbindung und im Wochenbett) bis zu 52,4 Tagen (psychiatrische Krankheiten) festzustellen.

Arbeitskosten im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe 1992

Die durch die Europäische Union (EU) veranlaßten Arbeitskostenerhebungen im Groß- und Einzelhandel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe werden seit 1978 in mehrjährigen Abständen gleichzeitig mit entsprechenden Erhebungen im Produzierenden Gewerbe durchgeführt. Sie erfassen in allen EU-Mitgliedstaaten nach einheitlichen Richtlinien und Definitionen die Aufwendungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer. Die nach Wirtschaftszweigen und Regionen gegliederten Daten vermitteln ein Bild von der Höhe und Zusammensetzung der Kosten, die den Arbeitgebern in Form von Löhnen, Gehältern und Personalnebenkosten entstehen.

Der vorliegende Beitrag enthält die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 1992 für die oben genannten Dienstleistungsbereiche. Ein Beitrag über die Arbeitskosten 1992 im Produzierenden Gewerbe ist in Heft 6/1995 dieser Zeitschrift abgedruckt.

Im Jahr 1992 wendeten die Unternehmen des Groß- und Einzelhandels und des Kredit- und Versicherungsgewerbes Nordrhein-Westfalens im Durchschnitt 68 969 DM an Arbeitskosten je Arbeitnehmer auf. Davon waren 39 313 DM (57,0 %) Entgelt für geleistete Arbeit und 29 656 DM (43,0 %) Personalnebenkosten. Je 100 DM, die den Arbeitnehmern für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit vergütet wurden, hatten damit die Arbeitgeber zusätzlich 75,44 DM an Personalnebenkosten zu tragen. Die Spannweite der Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer reichte von 55 338 DM im Einzelhandel über 71 302 DM im Großhandel und 89 741 DM im Kreditgewerbe bis zu 92 331 DM im Versicherungsgewerbe.

Die durch EU-Recht angeordneten Arbeitskostenerhebungen werden als Gemeinschaftserhebungen in den Mitgliedstaaten auf repräsentativer Basis durchgeführt. Rechtsgrundlage

für die Erhebung 1992 war die Verordnung (EWG) Nr. 3949/92 des Rates vom 21. Dezember 1992.

Wie bei den vorangegangenen Erhebungen waren auch 1992 wieder grundsätzlich Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten einzubeziehen, wobei die Berichtsunternehmen aus einer nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen geschichteten Grundgesamtheit im Wege einer sog. Zufallsstichprobe selektiert worden sind. Der Auswahlatz betrug im Dienstleistungssektor Nordrhein-Westfalens 13,9 %. Auswahlgrundlage für die Unternehmen war die Arbeitsstättenzählung 1987. Im Unterschied zum Produzierenden Gewerbe, für das Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte getrennt erfragt und nachgewiesen werden, sind im Dienstleistungssektor mit seinem sehr hohen Angestelltenanteil beide Beschäftigtengruppen als „Arbeitnehmer“ zusammengefaßt.

Bei der Darstellung der Arbeits- bzw. Personalkosten werden die gleichen Gruppen von Aufwendungsarten unterschieden wie im Produzierenden Gewerbe, nämlich:

- Entgelt für geleistete Arbeit (als laufende Verdienstzahlungen, die ausschließlich der geleisteten Arbeitszeit zuzurechnen sind);
- Arbeits- oder Personalnebenkosten, zu denen alle übrigen Personalkosten zählen, auch die Verdienstbestandteile, die nicht unmittelbar Entgelt für geleistete Arbeitszeit sind.

Die Arbeitsnebenkosten werden sachlich in folgende Arten gegliedert:

- Sonderzahlungen (z. B. Gratifikationen, Jahresabschlußvergütungen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers);

- Vergütung arbeitsfreier Tage (z. B. Urlaubsvergütung, Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Vergütung gesetzlicher Feiertage);
- Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (z. B. Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Unfallversicherung, betriebliche Altersvorsorge einschließlich Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen);
- sonstige Arbeitsnebenkosten (z. B. Ausbildungsvergütungen, sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, Entlassungsentschädigungen, Verpflegungs- und Kantinenzuschüsse u. ä.).

Darüber hinaus ist die Unterscheidung zwischen gesetzlichen sowie tariflich und betrieblich vereinbarten Personalnebenkosten von Bedeutung. Nicht als Personalnebenkosten erfaßt werden Aufwendungen, die dem Schutz des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz dienen.

Eine Aufschlüsselung der Arbeitskosten des Jahres 1992 auf die in der Themenüberschrift genannten Dienstleistungsbereiche ergibt, daß auf den Einzelhandel mit 34,8 % und auf den Großhandel mit 34,0 % die größten Anteile entfielen. Dagegen fielen im Kreditgewerbe 19,9 % und im Versicherungsgewerbe 11,3 % der insgesamt ermittelten jährlichen Arbeitskosten an.

Bezüglich der Struktur der Arbeitskosten ergeben sich zwischen den vier angesprochenen Bereichen beachtliche Unterschiede. Die höchsten durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer entstanden im Versicherungsgewerbe mit 92 331 DM und im Kreditgewerbe mit 89 741 DM. Beide Bereiche liegen erheblich über dem Durchschnitt aller befragten Unternehmen von 68 969 DM. Mit 71 302 DM hat der Großhandel den

Durchschnittliche Arbeitskosten im Dienstleistungssektor 1992 nach Wirtschaftszweigen			
Wirtschaftszweig	Jährliche Arbeitskosten		
	insgesamt	je Vollbeschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde
	%	DM	
Großhandel	34,0	71 302	41,98
Einzelhandel	34,8	55 338	33,24
Kreditgewerbe	19,9	89 741	53,57
Versicherungsgewerbe	11,3	92 331	56,56
Insgesamt	100	68 969	41,18

Gesamtdurchschnitt nur wenig überschritten, während die durchschnittlichen Arbeitskosten im Einzelhandel mit 55 338 DM vergleichsweise niedrig ausfielen. Bezogen auf den Einzelhandel lagen die Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe um nicht weniger als 66,8 % darüber. Als Ursache dafür können die im Einzelhandel im allgemeinen niedrigeren Gehälter bzw. die im Versicherungsgewerbe ebenso wie im Kreditgewerbe erwartete höhere berufliche Qualifikation angesehen werden. Zudem werden besonders im Gewerbe des Einzelhandels überdurchschnittlich viele Frau-

en beschäftigt, die zum Teil als angelernte bzw. ungelernete Arbeitskräfte in niedrigeren Lohngruppen eingestuft sind.

Diese Beschäftigtenstruktur im Einzelhandel spiegelt sich auch in den Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde wider. Hier ergaben sich mit 33,24 DM wiederum in diesem Sektor die niedrigsten Zahlen, während der Spitzenwert mit 56,56 DM je Arbeitsstunde für das Versicherungsgewerbe ermittelt wurde. Zwischen dieser Spanne lagen der Großhandel mit 41,98 DM Stundendurchschnitt und

das Kreditgewerbe mit 53,57 DM. Für die vier Bereiche zusammengenommen ergab sich ein Durchschnittswert von 41,18 DM je geleistete Arbeitsstunde.

Großhandel

Im Großhandel Nordrhein-Westfalens betragen im Jahre 1992 die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 71 302 DM. Das Entgelt für geleistete Arbeit belief sich auf 42 727 DM, das sind 59,9 % der Gesamtarbeitskosten, während sich die Arbeitsnebenkosten auf 28 575 DM und damit auf 40,1 % der Gesamtkosten bezifferten. Unter den Arbeitsnebenkosten spielten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit 11 488 DM (16,1 %) und die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 9 470 DM (13,3 %) die größte Rolle, wogegen die Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen usw.) mit 5 424 DM (7,6 %) und die sonstigen Arbeitsnebenkosten mit 2 193 DM (3,1 %) weniger ins Gewicht fielen. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit mußten 66,88 DM an Arbeits- oder Personalnebenkosten zusätzlich je Vollbeschäftigten aufgewendet werden.

Durchschnittliche Arbeitskosten im Großhandel 1988 und 1992 nach Aufwendungsarten					
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten				
	1988		1992		Veränderung 1992 gegenüber 1988
	DM	%	DM	%	
Entgelt für geleistete Arbeit	34 280	60,3	42 727	59,9	+24,6
Arbeitsnebenkosten	22 605	39,7	28 575	40,1	+26,4
davon					
Sonderzahlungen	3 952	6,9	5 424	7,6	+37,2
Vergütung arbeitsfreier Tage	7 552	13,3	9 470	13,3	+25,4
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	9 322	16,4	11 488	16,1	+23,2
sonstige Arbeitsnebenkosten	1 778	3,1	2 193	3,1	+23,3
Arbeitskosten insgesamt	56 884	100	71 302	100	+25,3
darunter					
Bruttolöhne und -gehälter	45 784	80,5	57 621	80,8	+25,9
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	10 897	19,2	13 344	18,7	+22,5

Aufgegliedert nach Unternehmensgrößenklassen zeigt sich, daß über ein Viertel (26,4 %) aller Arbeitskosten in den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten anfielen. Der niedrigste Anteil ergab sich mit 9,5 % in der Größenklasse „500 bis 999 Beschäftigte“, während der Anteil der Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten 14,6 % an den Gesamtkosten ausmachte.

Bezogen auf die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer stand ein Betrag von 74 226 DM in Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten

Durchschnittliche Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1992 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Unternehmen mit ... Beschäftigten	Jährliche Arbeitskosten im					
	Großhandel			Einzelhandel		
	insgesamt	je Vollbeschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde	insgesamt	je Vollbeschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde
	%	DM		%	DM	
10 – 49	26,4	67 972	38,97	14,7	50 712	29,22
50 – 99	13,4	70 875	41,35	3,8	58 015	34,98
100 – 199	17,3	71 128	41,40	4,0	53 578	31,68
200 – 499	18,9	74 226	44,10	7,2	52 107	31,77
500 – 999	9,5	74 151	43,59	11,7	57 293	34,11
1 000 und mehr	14,6	72 833	45,82	58,5	56 638	34,46
Insgesamt	100	71 302	41,98	100	55 338	33,24

als Maximalwert einem Betrag von 67 972 DM in der Unternehmensgrößenklasse „10 bis 49 Beschäftigte“ als geringstem Wert gegenüber. In der Unternehmensgrößenklasse mit 1 000 und mehr Beschäftigten lagen die Arbeitskosten je Arbeitnehmer bei 72 833 DM, so daß der bei früheren Erhebungen feststellbare kontinuierliche Anstieg der Arbeitskosten vom kleineren zum Großunternehmen hin nicht mehr gegeben ist. Erkennbar ist diese Tendenz allerdings noch beim Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde. Die höchsten bzw. niedrigsten Beträge lauteten 45,82 DM für die Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten und 38,97 DM für die kleinen Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, während sich für alle Unternehmen des

Großhandels ein Schnitt von 41,98 DM je geleistete Arbeitsstunden errechnete.

Im Vergleich der Erhebung von 1992 mit der von 1978 haben sich die durchschnittlichen Arbeitskosten je Beschäftigten im Großhandel von 35 790 DM auf 71 302 DM und damit um 99,2 % erhöht. Betrachtet man die beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten getrennt, so zeigt sich, daß die Erhöhung des Entgelts für geleistete Arbeit in den letzten 14 Jahren vom Anwachsen der Arbeitsnebenkosten deutlich übertroffen wurde. Verzeichnete das „direkte Entgelt“ ein Plus von 89,8 %, so betrug der Anstieg der Nebenkosten in der gleichen Zeitspanne 115,3 %. Innerhalb dieser Aufwendungsart hatte die Gruppe

der „sonstigen Arbeitsnebenkosten“ mit +194,4 % die stärkste Zunahme. Es folgten die Sonderzahlungen (+129,6 %), die Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage (+107,0 %) und die Aufwendungen für Vorsorgeleistungen (+105,4 %).

Von den im Großhandel für 1992 ermittelten durchschnittlichen Arbeitskosten in Höhe von 71 302 DM je Arbeitnehmer entfielen 59,9 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 40,1 % auf die Personalnebenkosten. Gegenüber dem Stand von 1978 mit Anteilsätzen von 62,9 bzw. 37,1 % ist somit eine spürbare Veränderung eingetreten, und zwar zugunsten der Nebenkosten, da diese – wie dargestellt – in den dazwischen liegenden 14 Jahren merklich stärker zunahm als das Entgelt für geleistete Arbeit.

Einzelhandel

Im nordrhein-westfälischen Einzelhandel wurden 1992 durchschnittliche Arbeitskosten in Höhe von 55 338 DM festgestellt, das sind 4 612 DM je Monat und Arbeitnehmer. Von den Jahresarbeitskosten je Arbeitnehmer entfielen 32 933 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit, das entspricht einem Anteil von 59,5 %. Entsprechend belief sich der Anteil der Arbeitsnebenkosten auf 40,5 %. Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit waren mithin von den Einzelhandelsunternehmen zusätzliche Personalnebenkosten in Höhe von 68,03 DM je Beschäftigten aufzubringen.

Von den durchschnittlichen Arbeitsnebenkosten in Höhe von 22 405 DM je Arbeitnehmer entfiel mit 8 925 DM und einem Anteil von 16,1 % an den Gesamtkosten der größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen, dicht dahinter lag mit 6 795 DM (12,3 %) die Position „Vergütung arbeitsfreier Tage“. Es folgten die Sonderzahlungen

Durchschnittliche Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1978, 1984 und 1992 nach Aufwendungsarten							
Aufwendungsart		Durchschnittliche jährliche Arbeitskosten					
		Großhandel			Einzelhandel		
		1978	1984	1992	1978	1984	1992
Arbeitskosten insgesamt	DM	35 790	51 172	71 302	29 729	40 478	55 338
davon							
Entgelt für geleistete Arbeit	% ¹⁾	62,9	60,4	59,9	58,8	57,6	59,5
Arbeitsnebenkosten	% ¹⁾	37,1	39,6	40,1	41,2	42,4	40,5
davon							
Sonderzahlungen	% ¹⁾	6,6	7,4	7,6	8,2	7,3	7,0
Vergütung arbeitsfreier Tage	% ¹⁾	12,8	12,8	13,3	13,1	14,1	12,3
Aufwendungen für							
Vorsorgeeinrichtungen	% ¹⁾	15,6	16,4	16,1	15,4	15,7	16,1
sonstige Arbeitsnebenkosten	% ¹⁾	2,1	3,0	3,1	4,5	5,3	5,1

1) in % der gesamten Arbeitskosten

Durchschnittliche Arbeitskosten im Einzelhandel 1988 und 1992 nach Aufwendungsarten					
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten				
	1988		1992		Veränderung 1992 gegenüber 1988
	DM	%	DM	%	
Entgelt für geleistete Arbeit	25 816	57,6	32 933	59,5	+27,6
Arbeitsnebenkosten	19 019	42,4	22 405	40,5	+17,8
davon					
Sonderzahlungen	3 343	7,5	3 891	7,0	+16,4
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 847	13,0	6 795	12,3	+16,2
Aufwendungen für Vorsorge- einrichtungen	7 445	16,6	8 925	16,1	+19,9
sonstige Arbeitsnebenkosten	2 384	5,3	2 794	5,0	+17,2
Arbeitskosten insgesamt	44 836	100	55 338	100	+23,4
darunter					
Bruttolöhne und -gehälter	35 007	78,1	43 619	78,8	+24,6
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	8 447	18,8	10 390	18,8	+23,0

mit einem Betrag von durchschnittlich 3 891 DM (7,0 % der Arbeitskosten je Arbeitnehmer) sowie der Posten der sonstigen Arbeitsnebenkosten mit durchschnittlich 2 794 DM (5,0 %).

Die Aufgliederung nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, daß 58,5 % aller Arbeitskosten in den Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten anfielen. Auf die Größenklasse von 10 bis 49 Beschäftigten entfielen 14,7 %, während sich die restlichen 26,8 % auf die übrigen vier Beschäftigtengrößenklassen verteilten. Der Anteil der obersten Gruppe der Großbetriebe an den Arbeitskosten von nahezu drei Fünfteln deutet auf eine Konzentration der Beschäftigten des Einzelhandels in dieser Größenklasse hin.

In bezug auf die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer ist der Einfluß der Unternehmensgröße im Einzelhandel geringer als vielfach erwartet. Zwar stand hier ein Betrag von 56 638 DM in der Größenklasse von 1 000 und mehr Beschäftigten einem Betrag von 50 712 DM in der Größenklasse „10 bis 49 Beschäftigte“ gegenüber, in den dazwischen liegenden Größenklassen ist jedoch auch im Ein-

zelhandel ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitskosten in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße nicht nachweisbar. Dies gilt im übrigen auch beim Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde. Mit 29,22 DM errechneten sich die niedrigsten Beträge in der untersten Beschäftigtengrößenklasse, während mit 34,98 DM die höchsten bereits in der Größenklasse „50 bis 99 Beschäftigte“ anfielen; in den übrigen Größenklassen streuten die Werte um den Durchschnitt von 33,24 DM je geleistete Arbeitsstunde für den gesamten Einzelhandel.

Im Zeitvergleich haben sich die Arbeitskosten je Beschäftigten von 29 729 DM im Jahre 1978 auf 55 338 DM 1992 und damit um 86,1 % erhöht. Hinsichtlich der beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten verzeichnete der Einzelhandel eine bemerkenswerte Trendwende: Die Zunahme der Arbeitsnebenkosten in den letzten 14 Jahren lag mit 83,1 % spürbar unter dem Anwachsen des Entgelts für geleistete Arbeit mit einem Plus von 94,0 %. Das führte dazu, daß der Nebenkostenanteil im Einzelhandel von 42,4 % im Jahr 1988 auf nunmehr 40,5 % sank; damit scheint die vor allem bis 1984 stark ausgeprägte

Dynamik der Personalnebenkosten – wie schon im Zeitraum von 1984 bis 1988 – abgebremst bzw. sogar gestoppt zu sein.

Innerhalb der zwischen 1978 und 1992 insgesamt um +83,1 % gestiegenen Arbeitsnebenkosten hatte der Posten „sonstige Nebenkosten“ mit +111,9 % die stärkste Zunahme zu verzeichnen, gefolgt von den Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (+94,4 %), für die Vergütung arbeitsfreier Tage (+74,5 %) und für Sonderzahlungen (+60,0 %).

Kreditgewerbe

Sichtlich höher als im Handel liegen die Arbeitskosten im Kredit- und im Versicherungsgewerbe. So wies das Kreditgewerbe in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1992 durchschnittliche Arbeitskosten je Arbeitnehmer von jährlich 89 741 DM bzw. von monatlich 7 478 DM auf. Auf das Entgelt für geleistete Arbeit entfielen 46 050 DM (51,3 %), während sich die Arbeitsnebenkosten auf 43 691 DM (48,7 %) bezifferten. Unter den Arbeitsnebenkosten spielten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit durchschnittlich 17 995 DM (20,1 % der Arbeitskosten) die größte Rolle. Die Vergütung arbeitsfreier Tage in Höhe von 10 613 DM und die Sonderzahlungen in Höhe von 9 530 DM hatten Anteilswerte von 11,8 bzw. 10,6 %. Dagegen schlugen die sonstigen Arbeitsnebenkosten mit 5 554 DM je Vollbeschäftigten (6,2 %) zu Buche.

Bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit mußte im Kreditgewerbe ein Betrag von 94,88 DM an Personalnebenkosten zusätzlich aufgewendet werden. Hier fallen insbesondere die relativ hohen Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, vor allem für die betriebliche Altersversorgung, ins Gewicht, die allein 39,1 % des Entgelts für geleistete Arbeit betragen. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch

– im Vergleich zum Handelsbereich
– waren die Sonderzahlungen, insbesondere Gratifikationen und Erfolgsbeteiligungen, die 20,7 % des Entgelts für geleistete Arbeit ausmachten.

Die Darstellung der gesamten Arbeitskosten in der Gliederung nach Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen ergibt, daß im Kreditgewerbe 33,8 % der Gesamtkosten auf die Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten entfielen, während den niedrigsten Anteil mit 6,7 % die Größenklasse „10 bis 49 Beschäftigte“ besaß. Die Unternehmensgrößenklassen „200 bis 499 Beschäftigte“ sowie „500 bis 999 Beschäftigte“ beanspruchten jeweils ein knappes Fünftel der angefallenen Arbeitskosten.

Auch bei der Betrachtung der durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten und der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde ergibt sich, daß die höchsten Werte mit 102 950 DM bzw. mit 62,05 DM jeweils in der Größenklasse „1 000 und mehr Beschäftigte“ erreicht wurden. Dagegen verzeichnete die entsprechend niedrigsten Werte mit 79 017 DM bzw. mit 47,91 DM Stundendurchschnitt die Größenklasse von 100 bis 199 Beschäftigten. Die Klasse der Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten lag mit Arbeitskosten von 84 300 DM bzw. mit 49,59 DM Stundendurchschnitt nur knapp darüber, jedoch deutlich unter den für das gesamte Kreditgewerbe errechneten Durchschnittskosten von 89 741 DM je Arbeitnehmer bzw. von 53,57 DM je geleistete Arbeitsstunde.

Zwischen den Erhebungen von 1978 und 1992 sind im Kreditgewerbe die durchschnittlichen Arbeitskosten von 44 613 DM auf 89 741 DM und damit auf das Doppelte (+101,2 %) angewachsen. Dabei machte der Anstieg bei dem Entgelt für geleistete Arbeit 93,4 % aus, während die Arbeitsne-

Durchschnittliche Arbeitskosten im Kreditgewerbe 1988 und 1992 nach Aufwendungsarten					
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten				
	1988		1992		Veränderung 1992 gegenüber 1988
	DM	%	DM	%	
Entgelt für geleistete Arbeit	36 128	49,0	46 050	51,3	+27,5
Arbeitsnebenkosten	37 614	51,0	43 691	48,7	+16,2
davon					
Sonderzahlungen	8 860	12,0	9 530	10,6	+ 7,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	8 926	12,1	10 613	11,8	+18,9
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	15 347	20,8	17 995	20,1	+17,3
sonstige Arbeitsnebenkosten	4 481	6,1	5 554	6,2	+23,9
Arbeitskosten insgesamt	73 742	100	89 741	100	+21,7
darunter					
Bruttolöhne und -gehälter	53 913	73,1	66 192	73,8	+22,8
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	13 036	17,7	15 567	17,3	+19,4

Durchschnittliche Arbeitskosten im Kredit- und Versicherungsgewerbe 1992 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Unternehmen mit ... Beschäftigten	Jährliche Arbeitskosten im					
	Kreditgewerbe			Versicherungsgewerbe		
	insgesamt	je Vollbeschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde	insgesamt	je Vollbeschäftigten	je geleistete Arbeitsstunde
	%	DM		%	DM	
10 – 49	6,7	90 716	52,09	0,9	99 390	60,91
50 – 99	11,4	84 300	49,59	1,9	97 332	60,99
100 – 199	9,8	79 017	47,91	4,7	97 653	59,53
200 – 499	19,2	82 193	48,82	6,5	95 295	60,35
500 – 999	19,1	87 069	52,20	8,7	116 396	70,43
1 000 und mehr	33,8	102 950	62,05	77,3	89 525	54,74
Insgesamt	100	89 741	53,57	100	92 331	56,56

Durchschnittliche Arbeitskosten im Kredit- und Versicherungsgewerbe 1978, 1984 und 1992 nach Aufwendungsarten							
Aufwendungsart	DM	Durchschnittliche jährliche Arbeitskosten					
		Kreditgewerbe			Versicherungsgewerbe		
		1978	1984	1992	1978	1984	1992
Arbeitskosten insgesamt	DM	44 613	61 028	89 741	47 690	67 808	92 331
davon							
Entgelt für geleistete Arbeit	% ¹⁾	53,4	51,3	51,3	53,5	50,9	50,5
Arbeitsnebenkosten	% ¹⁾	46,6	48,7	48,7	46,5	49,1	49,5
davon							
Sonderzahlungen	% ¹⁾	10,8	11,7	10,6	10,9	10,6	11,0
Vergütung arbeitsfreier Tage	% ¹⁾	12,4	11,9	11,8	13,4	12,6	12,3
Aufwendungen für							
Vorsorgeeinrichtungen	% ¹⁾	19,3	18,4	20,1	18,8	21,3	21,3
sonstige Arbeitsnebenkosten	% ¹⁾	4,1	6,7	6,2	3,4	4,6	4,9

1) in % der gesamten Arbeitskosten

benkosten in den letzten 14 Jahren überdurchschnittlich um 110,0 % zunahmen. Innerhalb der Arbeitsnebenkosten hatten die „sonstigen Kosten“ mit einem bemerkenswerten Plus von 208,5 % die stärkste Zunahme. Mit +108,6 % haben sich aber auch die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen und mit +97,1 % die Sonderzahlungen kräftig erhöht.

Von den im Kreditbereich für 1992 ermittelten jährlichen Arbeitskosten in Höhe von 89 741 DM je Arbeitnehmer entfielen 51,3 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und entsprechend 48,7 % auf die Arbeitsnebenkosten. Dagegen hatten die Anteilsätze 1978 noch 53,4 bzw. 46,6 % betragen. Gegenüber der vorhergehenden Erhebung 1988 ging der Personalnebenkostenanteil von 51,0 % auf 48,7 % zurück, womit die in den früheren Jahren festgestellte Nebenkostendynamik auch im Kreditgewerbe eine Beruhigung erfahren hat.

Versicherungsgewerbe

Das Versicherungsgewerbe hatte 1992 in Nordrhein-Westfalen durchschnittliche Arbeitskosten in Höhe von jährlich 92 331 DM bzw. monatlich 7 694 DM je Arbeitnehmer. Von den Jahresarbeitskosten entfielen 46 582 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit; das entspricht einem Anteil von 50,5 % der durchschnittlichen Arbeitskosten. Entsprechend belief sich der Anteil der Arbeitsnebenkosten auf 49,5 %. Dies bedeutet, daß, bezogen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit, vom Versicherungsgewerbe zusätzlich 98,21 DM an Arbeitsnebenkosten aufzubringen waren. Damit wurden die Prozentsätze der Personalnebenkosten im Handel noch deutlicher als im Kreditgewerbe übertroffen.

Durchschnittliche Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe 1988 und 1992 nach Aufwendungsarten					
Aufwendungsart	Jährliche Arbeitskosten je Vollbeschäftigten				
	1988		1992		Veränderung 1992 gegenüber 1988
	DM	%	DM	%	
Entgelt für geleistete Arbeit	39 492	50,1	46 582	50,5	+18,0
Arbeitsnebenkosten	39 272	49,9	45 750	49,5	+16,5
davon					
Sonderzahlungen	8 054	10,2	10 178	11,0	+26,4
Vergütung arbeitsfreier Tage	9 519	12,1	11 355	12,3	+19,3
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	17 961	22,8	19 670	21,3	+ 9,5
sonstige Arbeitsnebenkosten	3 739	4,7	4 546	4,9	+21,6
Arbeitskosten insgesamt	78 764	100	92 331	100	+17,2
darunter					
Bruttolöhne und -gehälter	57 065	72,5	68 115	73,8	+19,4
gesetzliche Arbeitsnebenkosten	14 061	17,9	16 184	17,5	+15,1

Von den Arbeitsnebenkosten von durchschnittlich 45 750 DM je Arbeitnehmer entfiel mit 19 670 DM und einem Anteil von 21,3 % an den Gesamtkosten der eindeutig größte Betrag auf die Aufwendungen der Arbeitgeber für Vorsorgeeinrichtungen. Mit Abstand folgten mit 11 355 DM (12,3 %) die Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage und mit 10 178 DM (11,0 %) die Sonderzahlungen. Die sonstigen Arbeitsnebenkosten bezifferten sich im Durchschnitt auf 4 546 DM (4,9 %).

Bei der Betrachtung der Hauptgruppen der Aufwendungsarten innerhalb der Personalnebenkosten sind ähnliche Strukturen wie im Kreditgewerbe zu erkennen. Auch im Versicherungsgewerbe dominieren die Aufwendungen für die soziale Sicherheit der Mitarbeiter, die mit 42,2 % des Entgelts für geleistete Arbeit zu Buche schlugen, gefolgt von der Vergütung arbeitsfreier Tage mit 24,4 % und den Sonderzahlungen in Form von Gratifikationen, Prämien usw. mit 21,8 % des Entgelts für geleistete Arbeit.

Abweichungen gegenüber dem Kreditgewerbe ergeben sich dagegen im Vergleich der Arbeitskosten nach Beschäftigtengrößenklassen. Nach der

Erhebung für das Jahr 1992 sind im Versicherungsgewerbe große Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dominierend; auf sie entfielen allein 77,3 % der gesamten Arbeitskosten. Die restlichen 22,7 % verteilten sich ungleichmäßig auf die übrigen fünf Beschäftigtengrößenklassen.

Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer waren in den einzelnen Beschäftigtengrößenklassen sehr unterschiedlich, so daß im Versicherungsgewerbe kein direkter Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Arbeitskosten je Arbeitnehmer zu erkennen ist. Die höchsten durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten besaß die Größenklasse „500 bis 999 Beschäftigte“ mit 116 396 DM, die niedrigsten waren in der Größenklasse „1 000 und mehr Beschäftigte“ mit 89 525 DM zu finden. Die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde vermitteln das gleiche Bild. Der niedrigste Stundendurchschnitt wurde mit 54,74 DM in der Größenklasse „1 000 und mehr Beschäftigte“ und der höchste Durchschnitt mit 70,43 DM in der Größenklasse „500 bis 999 Beschäftigte“ ermittelt. In den übrigen Größenklassen waren die Werte mehr oder weniger um die Durchschnittskosten für das

gesamte Versicherungsgewerbe von 92 331 DM je Vollbeschäftigten bzw. von 56,56 DM je geleistete Arbeitsstunde gruppiert.

Im Zeitvergleich der Erhebung von 1992 mit der von 1978 haben sich die durchschnittlichen Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe von 47 690 DM auf 92 331 DM je Arbeitnehmer und damit um 93,6 % erhöht. Im Vergleich der beiden Hauptgruppen der Arbeitskosten blieb die Entwicklung des Entgelts für geleistete Arbeit in diesem Zeitraum mit +82,5 % hinter dem Gesamtanstieg zurück, während die Arbeitsnebenkosten mit +106,3 % einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichneten. Innerhalb dieser zeigten die „sonstigen Arbeitsnebenkosten“ mit +181,8 % die stärkste Zunahme. An zweiter Stelle folgten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen mit +119,2 %. Die Veränderungsrate der Sonderzahlungen lag bei +95,2 %, jene der Kosten der Vergütung arbeitsfreier Tage bei +78,3 %.

An den 1992 im Versicherungsgewerbe festgestellten Arbeitskosten in Höhe von 92 331 DM je Arbeitnehmer hatten das Entgelt für geleistete Ar-

beit und die Arbeitsnebenkosten Anteile von 50,5 bzw. 49,5 %. Dagegen hatte das Verhältnis 1978 noch 53,5 zu 46,5 % betragen. Betrachtet man die Entwicklung der Personalnebenkosten zwischen 1978 und 1992, so zeigt sich, daß ihr Anteil bis 1988 kontinuierlich auf 49,9 % angestiegen ist. Von 1988 bis 1992 lag die Wachstumsrate der Personalnebenkosten im Versicherungsgewerbe mit +16,5 % unter der des Entgelts für geleistete Arbeit mit +18,0 %. Dadurch zeichnet sich auch im Versicherungsgewerbe eine Trendwende bei der bisher feststellbaren Dynamik der Personalnebenkosten ab: Im Jahr 1992 sank der Nebenkostenanteil auf 49,5 %, wobei dieser Rückgang ausschließlich auf das Konto der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen ging, deren Anteil 22,8 % im Jahr 1988 und 21,3 % vier Jahre danach ausmachte. Dennoch haben im Versicherungsgewerbe die Personalnebenkosten mit 49,5 % neben dem Kreditgewerbe mit 48,7 % das starke Gewicht innerhalb der Arbeitskosten behalten und übertreffen damit die Prozentsätze der Nebenkosten im Großhandel (40,1 %) wie im Einzelhandel (40,5 %) immer noch deutlich. ■

Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe 1993

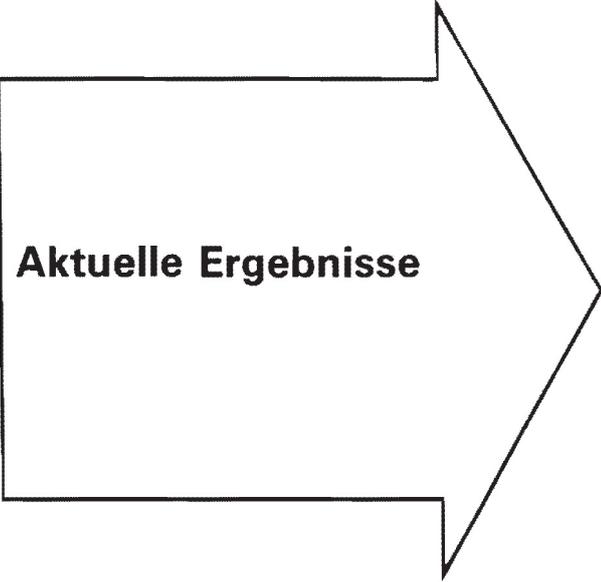
Seit Mitte der 80er Jahre ist die Zahl der Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe bei praktisch unveränderter Zahl der Betriebe um mehr als ein Fünftel (+22,6 %) gestiegen; gleichzeitig konnten die Umsätze in diesem Bereich um die Hälfte (+50,3 %) gesteigert werden. Dies ergibt sich aus Resultaten der „Handels- und Gaststättenzählung 1993“ (HGZ). Danach wurden zum Stichtag 30. April 1993 in Nordrhein-Westfalen 44 900 Betriebe des Gastgewerbes mit zusammen 232 200 Beschäftigten gezählt (HGZ 1985: 189 500 Beschäftigte). Der Jahresumsatz dieses Wirtschaftszweiges belief sich 1992 auf 16,3 Milliarden DM, das waren 5,4 Milliarden DM mehr als 1984.

Die höchsten Zuwachsraten verzeichnete der kleinste Sektor des Gastgewerbes, der Bereich „Kantinen und Caterer“: Hier verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten nahezu (+91 % auf 15 000), und der Umsatz stieg sogar um 139 % auf 1,1 Milliarden DM. Das Gaststättengewerbe, der bei weitem größten Teilbereich des Gastgewerbes, stockte seinen Personalbestand um 19,0 % auf 174 900 auf; der Umsatz dieses Sektors nahm um 40,0 % auf 11,4 Milliarden DM zu. Im Beherbergungsgewerbe schließlich stieg die Zahl der Beschäftigten um 22,1 % auf 42 200, und der Jahresumsatz war mit 3,8 Milliarden DM um 69,0 % höher als Mitte der 80er Jahre.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge von Oktober 1994 bis September 1995

Von Oktober 1994 bis September 1995 wurden in Nordrhein-Westfalen nach vorläufigen Ergebnissen 114 668 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 258 weniger als in den zwölf Monaten zuvor. Nach Berücksichtigung der noch ausstehenden Zahlen über Neuverträge bei Bundesbehörden könnte das Vorjahresresultat erreicht bzw. sogar noch übertroffen werden.

Der zahlenmäßig stärkste Ausbildungsbe- reich „Industrie, Handel u. a.“, zu dem auch Banken, Versicherungen sowie das Gast- und Verkehrsgewerbe gezählt werden, stellte 54 726 Auszubildende neu ein, 2,9 % mehr als im Ausbildungsjahr 1993/94, in dem gegenüber 1992/93 noch 9,4 % weniger Verträge abgeschlossen wurden. Auch in den Ausbildungsbereichen „Landwirtschaft“ (+5,8 % auf 2 180 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und „(städtische) Hauswirtschaft“ (+1,6 % auf 866) wurden mehr Lehrstellen neu besetzt als in der Vorperiode. Im Handwerk (-0,2 % auf 41 371) und im Bereich der freien Berufe (-2,4 % auf 13 383) konnten die Ergebnisse des vorausgegangenen Ausbildungsjahres nicht ganz erreicht werden.



Aktuelle Ergebnisse

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

November 1995 (Basis 1991 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungs- anteil	Index- stand	Ver- änderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp ¹⁾			Haushaltstyp ¹⁾		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	%	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	1 000	112,3	+ 1,7	113,3	112,5	112,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	963,03	112,4	+ 1,7	113,4	112,5	112,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
ohne Saisonwaren	976,61	112,8	+ 1,7	114,3	113,1	112,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8
ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	772,36	114,3	+ 1,5	114,3	114,0	116,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6
nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagen- nutzung)	227,64	116,3	+ 2,1	116,8	117,3	116,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,2
nur Heizöl und Kraftstoffe	36,97	108,4	- 0,1	107,3	111,2	111,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Nahrungsmittel, Getränke,									
Tabakwaren	224,90	107,7	+ 0,7	106,2	107,4	107,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8
Nahrungsmittel zusammen	131,80	104,2	+ 0,5	103,9	105,0	104,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5
saisonabhängige Nahrungsmittel	16,71	82,5	- 3,8	83,6	82,9	81,7	- 4,0	- 3,9	- 3,7
Frischgemüse	5,76	69,7	- 8,7	69,8	69,9	70,0	- 9,2	- 8,4	- 8,4
Frischfisch	1,26	99,3	- 0,3	99,3	99,4	99,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3
Frischobst	8,05	84,5	+ 0,5	84,6	86,4	85,1	+ 0,6	-	+ 0,4
Kartoffeln	1,64	104,7	- 10,7	104,7	104,7	104,7	- 10,7	- 10,7	- 10,7
sonstige Nahrungsmittel	115,09	107,3	+ 0,9	107,4	107,4	107,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0
Milch, Eier, Butter, Fette, Öle	22,80	104,7	+ 1,1	104,5	104,7	104,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
Getränke, Tabakwaren	57,62	112,5	+ 1,4	113,0	112,4	111,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3
Verzehr in Gaststätten und Kantinen	45,84	112,9	+ 1,3	113,1	112,7	112,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4
Bekleidung, Schuhe	73,83	111,2	+ 1,4	111,1	110,8	110,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Bekleidung	55,53	111,8	+ 1,4	111,5	111,3	111,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3
Schuhe	10,95	109,5	+ 1,2	110,1	109,8	109,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,1
Wohnungsmieten, Energie	245,34	116,9	+ 3,0	118,0	117,9	117,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	191,93	121,6	+ 3,9	122,9	122,0	121,4	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,8
Energie	53,41	100,4	- 0,7	101,2	101,3	101,6	- 0,8	- 0,8	- 0,6
feste Brennstoffe (z. B. Kohle)	1,69	106,3	+ 0,2	106,3	104,6	102,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Heizöl	8,70	82,1	- 2,7	82,1	82,1	82,1	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Gas	7,64	101,6	- 0,3	101,7	101,5	101,5	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Umlage für Heizung, Warmwasser und Fernwärme	8,89	98,2	- 2,0	97,5	97,2	97,4	- 2,5	- 2,7	- 2,5
Elektrizität	26,49	106,4	-	105,8	106,6	106,8	-	-	-
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	76,99	110,2	+ 1,6	110,1	109,2	109,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	53,53	111,4	+ 2,1	123,4	115,2	108,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,9
Güter für Verkehr und Nachrichten- übermittlung	167,85	112,4	+ 1,4	112,0	112,2	112,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3
Kfz-Reparaturen	18,64	118,8	+ 3,5	118,6	118,5	118,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2
Pkw.	66,97	110,3	+ 1,1	109,7	110,3	110,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,0
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	28,27	116,5	+ 0,5	117,3	116,5	116,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	91,66	109,2	+ 1,2	110,6	110,4	109,8	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,8
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	65,90	118,6	+ 1,1	121,2	119,2	120,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1
Dienstleistungen der Versicherungen	18,29	132,2	+ 5,3	125,2	125,4	135,6	+ 5,1	+ 4,6	+ 5,0

1) Haushaltstyp 1: Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen

Ausgaben, Einnahmen und Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Ausgaben / Einnahmen / Schulden	1. Vierteljahr 1995	2. Vierteljahr 1995	Veränderung 2. Vierteljahr 1995 gegenüber 1. Vierteljahr 1995	Veränderung 2. Vierteljahr 1995 gegenüber 2. Vierteljahr 1994
	1 000 DM		%	
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	23 636 526	20 688 962	- 12,5	+ 4,4
darunter				
Personalausgaben	4 718 206	4 579 932	- 2,9	- 0,2
Sachaufwand	2 801 914	2 594 440	- 7,4	- 1,0
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	5 098 876	4 446 125	- 12,8	+ 5,5
Zinsausgaben	697 545	966 555	+ 38,6	+ 0
Gewerbesteuerumlage	20 684	543 993	+2 530,0	+44,0
Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	4 624 236	3 516 890	- 23,9	- 9,3
darunter				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	193 844	187 295	- 3,4	- 8,2
Erwerb von Vermögen	539 092	490 322	- 9,0	-16,7
Baumaßnahmen zusammen	1 390 259	1 676 679	+ 20,6	-10,6
darunter für				
Schulen	226 853	268 273	+ 18,3	+14,0
Straßen	314 894	410 344	+ 30,3	-13,2
Abwasserbeseitigung	298 885	405 530	+ 35,7	-12,0
Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	685 139	917 561	+ 33,9	+ 9,9
darunter				
ordentliche Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	318 393	499 534	+ 56,9	- 3,5
außerordentliche Tilgung von Krediten, Umschuldungen am Kreditmarkt	332 114	370 076	+ 11,4	+43,7
Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	28 260 762	24 205 852	- 14,3	+ 2,1
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zusammen	20 962 921	20 656 129	- 1,5	+ 1,7
darunter				
Steuern zusammen	4 348 897	6 431 912	+ 47,9	- 1,8
darunter				
Grundsteuer A	12 849	16 747	+ 30,3	+ 9,7
Grundsteuer B	702 591	771 311	+ 9,8	+ 0,3
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	2 789 878	2 782 951	- 0,3	- 4,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	761 340	2 780 260	+ 265,2	+ 0,7
allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	3 334 221	3 271 067	- 1,9	- 2,9
Zuweisungen vom Land	3 899 919	2 808 756	- 28,0	- 1,9
Gebühren, sonstige Entgelte, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Ersatz von sozialen Leistungen.	4 791 427	4 845 132	+ 1,1	+ 0
Einnahmen des Vermögenshaushaltes zusammen.	5 218 265	3 027 399	- 42,0	+ 7,5
darunter				
Entnahmen aus Rücklagen	554 146	71 320	- 87,1	-35,1
Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	519 072	355 193	- 31,6	-12,6
Beiträge und ähnliche Entgelte	193 067	154 618	- 19,9	-12,4
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen zusammen	722 723	653 399	- 9,6	-15,2
vom Land	589 410	568 523	- 3,5	-17,2
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	886 483	1 572 487	+ 77,4	+58,3
Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	26 181 186	23 683 528	- 9,5	+ 2,4
darunter				
Zuführung vom Vermögenshaushalt	574 949	64 502	- 88,8	-40,2
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2 280 176	193 820	- 91,5	-41,0
innere Verrechnungen	790 819	232 116	- 70,6	+80,7
Schulden zusammen¹⁾	50 841 645	51 388 696	+ 1,1	+ 1,5
Kreditmarktmittel	49 242 949	49 776 315	+ 1,1	+ 1,5
Schuldenaufnahme zusammen	886 483	1 572 487	+ 77,4	+61,9
Kreditmarktmittel	844 794	1 532 512	+ 81,4	+61,7

1) ohne Schulden der Eigenbetriebe und der kommunalen Krankenhäuser

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1994 nach Art des Anspruchs und durchschnittlichem monatlichen Wohngeldanspruch

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	insgesamt		zusammen	
		Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM	Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM
	Kreisfreie Städte				
1	Düsseldorf	34 957	204	13 745	136
2	Duisburg	28 763	176	15 311	122
3	Essen	28 914	190	14 847	112
4	Krefeld	13 173	213	6 557	136
5	Mönchengladbach	14 869	208	6 688	124
6	Mülheim an der Ruhr	7 083	169	4 033	120
7	Oberhausen	10 639	172	4 949	108
8	Remscheid	4 352	166	2 567	119
9	Solingen	5 135	173	3 544	132
10	Wuppertal	15 225	190	8 650	133
	Kreise				
11	Kleve	15 759	163	6 308	143
12	Mettmann	14 309	199	8 489	139
13	Neuss	17 392	195	6 101	138
14	Viersen	10 431	202	4 706	134
15	Wesel	20 003	190	8 437	139
16	Reg.-Bez. Düsseldorf	241 004	190	114 932	129
	Kreisfreie Städte				
17	Aachen	9 658	159	8 258	140
18	Bonn	10 231	221	5 880	154
19	Köln	46 766	221	20 480	127
20	Leverkusen	6 849	199	2 455	121
	Kreise				
21	Aachen	10 669	194	6 192	139
22	Düren	6 943	178	4 404	135
23	Erfkreis	10 589	213	5 481	141
24	Euskirchen	4 155	182	2 713	145
25	Heinsberg	6 418	190	4 194	149
26	Oberbergischer Kreis	8 256	194	5 348	157
27	Rhein.-Berg. Kreis	6 136	211	3 340	137
28	Rhein-Sieg-Kreis	13 206	191	7 789	160
29	Reg.-Bez. Köln	139 876	203	76 534	141
	Kreisfreie Städte				
30	Bottrop	4 523	170	2 458	119
31	Gelsenkirchen	15 782	173	8 340	118
32	Münster	10 806	198	6 466	151

Wohngeldempfänger						Lfd. Nr.
davon erhielten						
spitz berechnetes Wohngeld				pauschaliertes Wohngeld		
Mietzuschuß		Lastenzuschuß		Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM	
Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM	Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM			
13 587	136	158	171	21 212	248	1
15 122	122	189	155	13 452	237	2
14 650	111	197	149	14 067	272	3
6 378	135	179	175	6 616	290	4
6 396	122	292	161	8 181	277	5
3 961	120	72	154	3 050	233	6
4 817	107	132	165	5 690	228	7
2 515	119	52	143	1 785	232	8
3 464	132	80	142	1 591	262	9
8 496	132	154	167	6 575	266	10
5 166	140	1 142	158	9 451	177	11
8 198	138	291	173	5 820	286	12
5 792	137	309	163	11 291	225	13
4 168	131	538	159	5 725	258	14
7 813	137	624	167	11 566	227	15
110 523	127	4 409	161	126 072	246	16
8 104	140	154	179	1 400	271	17
5 773	153	107	212	4 351	312	18
20 213	127	267	142	26 286	294	19
2 410	120	45	170	4 394	242	20
5 757	138	435	162	4 477	269	21
3 920	132	484	158	2 539	252	22
5 045	139	436	164	5 108	291	23
2 191	144	522	151	1 442	250	24
3 541	149	653	147	2 224	267	25
4 809	150	539	221	2 908	261	26
3 169	136	171	160	2 796	298	27
6 933	156	856	191	5 417	235	28
71 865	139	4 669	171	63 342	279	29
2 383	117	75	160	2 065	231	30
8 249	118	91	157	7 442	235	31
6 288	151	178	167	4 340	267	32

Noch: Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1994 nach Art des Anspruchs und durchschnittlichem monatlichen Wohngeldanspruch

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	insgesamt		zusammen	
		Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM	Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM
	Kreise				
33	Borken	8 057	169	5 902	140
34	Coesfeld	5 255	182	3 713	144
35	Recklinghausen	24 593	188	14 122	126
36	Steinfurt	8 978	165	7 094	141
37	Warendorf	7 003	176	4 452	141
38	Reg.-Bez. Münster	84 997	180	52 547	134
	Kreisfreie Stadt				
39	Bielefeld	13 197	173	8 078	130
	Kreise				
40	Gütersloh	7 279	178	4 762	144
41	Herford	6 038	175	3 319	126
42	Höxter	4 347	168	2 610	143
43	Lippe	10 059	179	6 464	144
44	Minden-Lübbecke	8 349	190	5 062	148
45	Paderborn	9 082	194	5 182	150
46	Reg.-Bez. Detmold	58 351	180	35 477	141
	Kreisfreie Städte				
47	Bochum	20 891	174	9 416	120
48	Dortmund	28 719	176	16 243	118
49	Hagen	12 272	187	4 661	116
50	Hamm	7 545	180	4 826	138
51	Herne	12 921	191	5 094	118
	Kreise				
52	Ennepe-Ruhr-Kreis	13 431	175	7 202	124
53	Hochsauerlandkreis	6 954	179	4 473	134
54	Märkischer Kreis	13 214	173	8 620	135
55	Olpe	3 011	162	1 915	132
56	Siegen-Wittgenstein	8 971	200	4 569	144
57	Soest	8 631	179	5 184	138
58	Unna	14 276	183	8 607	135
59	Reg.-Bez. Arnsberg	150 836	180	80 810	127
60	Nordrhein-Westfalen	675 064	188	360 300	133

Wohngeldempfänger							Lfd. Nr.
davon erhielten							
spitz berechnetes Wohngeld				pauschaliertes Wohngeld			
Mietzuschuß		Lastenzuschuß		Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM		
Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM	Anzahl	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM				
4 461	138	1 441	147	2 155	247	33	
3 069	142	644	152	1 542	275	34	
13 521	125	601	148	10 471	271	35	
5 739	141	1 355	145	1 884	253	36	
3 835	137	617	167	2 551	238	37	
47 545	132	5 002	151	32 450	255	38	
7 816	129	262	186	5 119	241	39	
4 248	138	514	191	2 517	244	40	
3 121	123	198	168	2 719	235	41	
2 253	139	357	172	1 737	205	42	
5 686	138	778	195	3 595	242	43	
4 490	140	572	210	3 287	255	44	
4 669	146	513	188	3 900	252	45	
32 283	136	3 194	191	22 874	242	46	
9 278	119	138	153	11 475	219	47	
15 984	118	259	145	12 476	250	48	
4 622	116	39	139	7 611	230	49	
4 517	135	309	178	2 719	255	50	
5 017	118	77	149	7 827	238	51	
7 014	123	188	159	6 229	234	52	
3 993	131	480	156	2 481	262	53	
8 040	130	580	209	4 594	246	54	
1 625	127	290	157	1 096	216	55	
4 021	142	548	157	4 402	259	56	
4 626	135	558	158	3 447	240	57	
8 167	133	440	170	5 669	256	58	
76 904	125	3 906	166	70 026	240	59	
339 120	131	21 180	166	314 764	252	60	

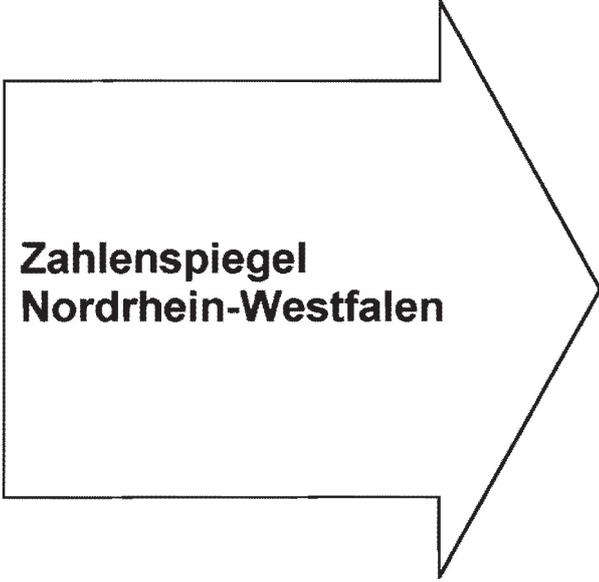
Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

September 1995

Straßenart Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat			
		Ge-tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	Unfälle mit Personenschaden	Ge-tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Autobahnen	494	15	161	578	- 8,9	- 6,3	- 2,4	-17,3
Bundesstraßen	1 349	21	410	1 489	-10,2	-16,0	-14,8	- 7,2
innerorts	877	2	190	953	-11,2	x	- 6,9	-10,9
außerorts	472	19	220	536	- 8,4	+11,8	-20,6	+ 0,2
Landesstraßen	1 996	52	632	1 976	- 0,9	+36,8	- 3,5	- 1,2
innerorts	1 267	13	286	1 291	- 2,7	x	- 1,7	+ 0,2
außerorts	729	39	346	685	+ 2,2	+21,9	- 4,9	- 3,7
Kreisstraßen	676	20	229	606	- 6,5	+17,6	-	- 8,7
innerorts	454	6	112	425	- 3,8	x	-16,4	- 2,5
außerorts	222	14	117	181	-11,6	+16,7	+23,2	-20,6
Andere Straßen	2 450	13	596	2 310	+ 0,5	x	+ 3,7	+ 1,4
innerorts	2 264	10	522	2 129	+ 1,2	x	+ 4,4	+ 2,1
außerorts	186	3	74	181	- 7,0	x	- 1,3	- 5,7
Insgesamt	6 965	121	2 028	6 959	- 3,5	+15,2	- 3,7	- 3,9
innerorts	4 862	31	1 110	4 798	- 2,7	+19,2	- 1,7	- 1,7
außerorts	2 103	90	918	2 161	- 5,3	+13,9	- 5,9	- 8,6

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden				Verunglückte			Unfälle mit schwerw. Sachschaden ¹⁾	Unfälle mit Person- und schwerw. Sachschaden ¹⁾
	ins-gesamt	davon mit			Ge-tötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte		
		Ge-töteten	Schwer- verletzten	Leicht- verletzten					
1. 9. Freitag	253	3	67	183	3	76	243	55	308
2. 9. Samstag	261	5	70	186	5	84	289	90	351
3. 9. Sonntag	192	6	53	133	7	73	205	67	259
4. 9. Montag	213	5	50	158	5	61	203	56	269
5. 9. Dienstag	203	4	45	154	5	50	209	47	250
6. 9. Mittwoch	222	4	51	167	4	62	212	48	270
7. 9. Donnerstag	260	1	61	198	1	70	255	58	318
8. 9. Freitag	350	3	72	275	3	83	369	106	456
9. 9. Samstag	189	4	56	129	5	75	182	66	255
10. 9. Sonntag	133	6	38	89	7	51	144	52	185
11. 9. Montag	304	3	61	240	3	67	310	79	383
12. 9. Dienstag	259	3	75	181	3	78	229	43	302
13. 9. Mittwoch	276	4	58	214	4	64	300	87	363
14. 9. Donnerstag	238	3	60	175	3	67	220	50	288
15. 9. Freitag	221	4	66	151	4	77	215	64	285
16. 9. Samstag	194	6	54	134	6	65	197	59	253
17. 9. Sonntag	167	4	56	107	5	68	182	42	209
18. 9. Montag	245	6	71	168	6	86	223	41	286
19. 9. Dienstag	235	-	63	172	-	74	216	45	280
20. 9. Mittwoch	179	1	41	137	1	50	172	45	224
21. 9. Donnerstag	222	4	62	156	4	77	220	51	273
22. 9. Freitag	250	2	54	194	2	63	245	62	312
23. 9. Samstag	182	7	52	123	8	58	178	51	233
24. 9. Sonntag	148	4	41	103	5	52	163	53	201
25. 9. Montag	234	2	47	185	2	54	243	48	282
26. 9. Dienstag	286	4	57	225	4	59	271	110	396
27. 9. Mittwoch	313	4	59	250	4	62	324	127	440
28. 9. Donnerstag	244	3	67	174	3	78	229	90	334
29. 9. Freitag	296	7	70	219	7	89	298	102	398
30. 9. Samstag	196	2	49	145	2	55	213	82	278
Insgesamt	6 965	114	1 726	5 125	121	2 028	6 959	1 976	8 941

1) schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne)



**Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen**

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung				
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 721 560	17 783 054
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	1 895 324	1 942 026
Bevölkerungsbewegung				
<i>Natürliche Bevölkerungsbewegung</i>				
3	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 860	8 683
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	16 180	15 507
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 586	2 537
6	* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	16 222	16 056
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	101	93
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-42	-549
<i>Wanderungen</i>				
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	30 120	27 346
10	* darunter aus dem Ausland ⁵⁾	Anzahl	18 883	15 417
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	23 399	22 085
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	12 056	10 412
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+6 721	+5 261
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁶⁾	Anzahl	43 424	46 472
			1992	1993
Vierteljahresdurchschnitt				
Arbeitsmarkt				
15	* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer ⁷⁾	1 000	6 088	5 965
16	* Frauen	1 000	2 433	2 423
17	* Ausländer	1 000	521	549
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	625	644
19	* darunter Frauen	1 000	581	598
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung				
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	207	197
21	* darunter Frauen	1 000	17	17
22	* Verarbeitendes Gewerbe ⁸⁾	1 000	2 256	2 114
23	* darunter Frauen	1 000	548	510
24	* Baugewerbe	1 000	368	371
25	* darunter Frauen	1 000	36	37
26	* Handel	1 000	906	903
27	* darunter Frauen	1 000	485	483
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	293	289
29	* darunter Frauen	1 000	83	82

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der
7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1994			1995				Lfd. Nr.
Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
17 764 942	17 767 070	17 770 714	17 818 984	17 821 800	17 822 939	17 825 476	1
1 938 205	1 942 137	1 946 280	1 967 273	1 972 363	1 977 459	1 982 398	2
3 975	6 832	6 797	3 045	3 643	6 533	6 454	3
14 181	16 326	15 055	13 296	13 554	15 744	13 233	4
2 309	2 724	2 429	1 967	2 102	2 672	2 199	5
15 269	17 348	15 245	15 897	14 552	18 930	16 011	6
85	89	90	84	67	90	92	7
-1 088	-1 022	-190	-2 601	-998	-3 186	-2 778	8
22 129	24 883	24 654	27 237	22 094	26 510	23 704	9
13 177	14 527	13 599	15 702	13 054	15 375	12 999	10
18 815	21 733	20 820	21 731	18 280	22 185	18 389	11
9 950	10 681	10 022	10 197	8 793	11 162	8 104	12
+3 314	+3 150	+3 834	+5 506	+3 814	+4 325	+5 315	13
37 191	44 826	40 426	47 956	39 059	45 878	41 762	14
1993			1994				Lfd. Nr.
30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	
5 956	5 993	5 915	5 856	5 840	5 911	5 847	15
2 408	2 436	2 422	2 408	2 395	2 431	2 407	16
548	561	545	538	538	547	536	17
642	643	652	654	654	659	663	18
596	597	605	606	606	609	612	19
198	196	193	190	187	186	185	20
17	17	17	17	17	17	17	21
2 124	2 109	2 060	2 018	2 001	2 007	1 979	22
512	509	496	488	483	485	475	23
371	382	368	365	372	387	375	24
37	37	37	37	37	38	37	25
897	908	902	895	888	899	890	26
478	485	483	478	472	478	473	27
288	290	287	285	284	287	282	28
82	83	82	81	81	82	80	29

Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene –

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: Arbeitsmarkt			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	226	228
2	* darunter Frauen	1 000	118	120
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 319	1 348
4	* darunter Frauen	1 000	855	877
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	162	167
6	* darunter Frauen	1 000	110	114
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	350	349
8	* darunter Frauen	1 000	181	183
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose ²⁾	1 000	709	785
10	* darunter Frauen	1 000	301	323
	Arbeitslosenquote²⁾			
11	* Insgesamt	%	9,7	10,7
12	* Frauen	%	10,0	10,6
13	* Männer	%	9,4	10,7
14	* Ausländer	%	18,5	19,4
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	8,4	9,8
16	* Offene Stellen ²⁾	1 000	52	54
17	* Kurzarbeiter ²⁾³⁾	1 000	182	65
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen ⁴⁾	1 000 t	111	100
	darunter			
19	* Rinder	1 000 t	23	19
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	86	78
22	* Konsumeier ⁵⁾	1 000	90 643	90 067
23	* Geflügelfleisch ⁶⁾	1 000 kg	3 350	3 488
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	216	218

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch-

1993			1994			Lfd. Nr.	
30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September		31. Dezember
226	229	229	227	225	229	227	1
118	121	121	120	119	122	120	2
1 337	1 361	1 361	1 364	1 370	1 400	1 394	3
867	885	888	891	889	910	906	4
165	166	169	169	170	173	175	5
113	113	115	115	115	118	119	6
349	350	347	345	344	344	340	7
183	184	182	182	181	182	180	8
1994			1995				
September	Oktober	November	August	September	Oktober		November
761	757	754	782	767	763	768	9
318	316	313	332	324	322	322	10
10,4	10,3	10,3	10,7	10,5	10,4	10,5	11
10,5	10,4	10,3	10,8	10,6	10,5	10,5	12
10,3	10,2	10,3	10,6	10,4	10,3	10,5	13
18,8	18,9	19,1	18,9	19,3	19,7	20,2	14
10,1	9,7	9,6	11,8	11,3	10,8	10,9	15
56	55	52	65	62	59	55	16
39	36	33	15	22	30	38	17
1994			1995				
Juli	August	September	Juni	Juli	August		September
86	100	101	96	87	97	99	18
13	20	21	17	13	19	20	19
2	2	2	2	2	2	2	20
71	78	77	77	73	76	77	21
84 332	83 961	87 397r	81 513r	80 663p	65 537p	73 621p	22
3 028	3 196	3 479	2 959	2 741	3 246	3 341	23
229	216	207	245	238	224	210	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Daten für den aktuellen Berichtsmonat vorläufig – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. und Knickeiern. – 6) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe²⁾				
1	* Beschäftigte ³⁾	1 000	1 843	1 721
2	* darunter Arbeiter ⁴⁾	1 000	1 238	1 145
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	160 138	150 811
4	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	5 027	4 791
5	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	3 975	3 876
6	* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	40 283	41 441
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	10 272	11 065
8	* Index des Auftragseingangs (real)	1985 = 100	106,0	112,2
9	* Inland	1985 = 100	111,7	116,8
10	* Ausland	1985 = 100	95,1	103,1
11	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	97,6	107,7
12	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	110,0	114,2
13	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	119,0	118,8
14	* Index der Nettoproduktion ⁵⁾	1985 = 100	105,6	108,4r
15	* Bergbau	1985 = 100	68,5	62,3
16	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	102,2r	109,6
17	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	109,2	111,2r
18	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	114,4r	113,9r
19	* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	129,6	132,0r
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 516	11 521
21	* Stromverbrauch ⁶⁾	Mill. kWh	10 496	10 529
Bauwirtschaft und Bautätigkeit				
<i>Bauhauptgewerbe⁷⁾</i>				
22	* Beschäftigte ³⁾	Anzahl	239 110	238 812
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	24 505	24 807
darunter für den				
24	* Wohnungsbau	1 000	8 666	9 609
25	* gewerblichen und industriellen Bau ⁸⁾	1 000	9 138	8 824
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	6 588	6 282

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im 6) einschl. Verlusten – 7) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 8) ohne landwirtschaftlichen Bau

1993			1994			Lfd. Nr.	
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November		Dezember
1 805	1 794	1 779	1 717	1 705	1 698	1 689	1
1 207	1 197	1 185	1 143	1 135	1 129	1 121	2
159 957	158 706	147 459	157 375	150 742	153 559	142 324	3
5 195	6 056	5 168	4 714	4 924	5 868	4 849	4
3 776	5 084	4 223	3 630	3 679	4 884	4 212	5
41 364	41 000	40 823	45 198	42 624	44 388	43 722	6
10 264	10 374	10 754	12 015	11 418	11 768	11 859	7
105,8	104,9	101,4	120,0	112,9	115,0	110,4	8
111,4	111,5	102,9	126,2	116,4	119,4	112,0	9
95,0	92,1	98,6	108,0	106,1	106,3	107,2	10
97,2	96,9	93,5	110,1	109,0	109,7	107,8	11
108,9	110,2	111,7	126,0	114,9	118,9	117,3	12
121,0	112,3	97,6	131,8	117,4	118,7	101,5	13
107,9r	113,4r	96,7	110,7	115,5r	120,4r	108,6r	14
67,0	68,6	64,1	59,9	63,5	67,4	67,5	15
104,7r	106,5r	88,5r	111,4	115,9r	115,8r	101,1r	16
110,1r	119,3r	105,6r	115,2	119,7r	128,4r	119,9r	17
120,8r	124,5r	97,0r	117,5	120,6r	126,1r	108,1r	18
135,2	146,3r	126,5	129,9	143,0r	149,8r	130,8	19
1994			1995			Lfd. Nr.	
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli		August
10 852	10 498	10 149	11 636	10 320	10 518	10 042	20
9 605	9 286	9 839	10 540	9 980	9 869	9 962	21
239 220	240 017	243 949	229 890	229 382	229 712	231 396	22
26 874	22 558	28 075	25 970	24 455	23 447	24 132	23
10 677	8 408	10 869	10 469	9 789	9 273	9 194	24
9 209	8 479	9 961	9 121	8 652	8 550	8 949	25
6 862	5 598	7 101	6 257	5 921	5 519	5 881	26

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt –

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bauwirtschaft und Bautätigkeit				
<i>Noch: Bauhauptgewerbe²⁾</i>				
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	765,3	785,7
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	232,3	237,2
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	3 099,9	3 197,6
4	* Index des Auftragseingangs ³⁾	1991 = 100	98,8	95,3
5	Hochbau zusammen	1991 = 100	106,2	107,4
6	* Wohnungsbau	1991 = 100	124,9	138,7
7	Tiefbau zusammen	1991 = 100	89,1	79,7
8	Straßenbau	1991 = 100	83,0	81,2
<i>Ausbaugewerbe</i>				
9	* Beschäftigte	Anzahl	54 854	55 886
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 281	6 385
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	651,4	689,4
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
<i>Baugenehmigungen</i>				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	3 147	3 624
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 568	2 900
14	* umbauter Raum	1 000 m ³	3 866	4 609
15	* Wohnfläche	1 000 m ²	680	814
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 484 651	1 874 401
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	362	358
18	* umbauter Raum	1 000 m ³	2 809	2 631
19	* Nutzfläche	1 000 m ²	461	421
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	702 746	624 794
21	* Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	8 428	10 112
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	35 545	42 204
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Innerdeutscher Warenverkehr				
Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins				
23	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	174 766	182 359
24	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	1 348 247	1 445 012

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) nach Totalerhebung

1994			1995				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
779,3	771,9	830,1	786,6	753,4	752,3	811,4	1
251,3	235,5	222,8	230,6	250,0	243,0	230,8	2
3 537,2	3 141,2	3 376,1	3 313,2	3 369,3	3 267,8	3 308,9	3
108,4	92,7	97,0	89,5	96,7	97,7	79,7	4
121,6	95,2	110,8	96,9	106,5	105,1	83,5	5
172,2	107,6	129,0	132,2	139,0	125,1	92,7	6
91,4	89,4	79,1	80,0	84,0	88,1	74,7	7
94,2	106,3	88,0	87,2	93,6	101,6	86,5	8
55 155	55 501	57 137	56 012	56 269	56 049	57 473	9
6 435	6 035	6 870	6 573	6 327	6 216	6 654	10
679,2	686,0	688,5	692,9	704,1	775,3	699,9	11
1994			1995				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
3 881	4 657	2 845	3 102	3 363	2 640	2 418	12
3 116	3 796	2 248	2 553	2 619	2 122	1 881	13
4 806	5 603	3 668	3 796	4 457	3 271	3 443	14
851	981	653	666	787	572	604	15
1 945 859	2 344 487	1 509 003	1 599 400	1 862 649	1 370 989	1 439 072	16
341	382	287	295	459	358	343	17
3 230	2 483	1 961	1 738	2 504	1 939	2 106	18
454	411	311	302	424	350	339	19
783 226	558 308	486 696	446 364	595 356	509 049	517 776	20
10 313	11 749	7 997	7 834	9 796	6 992	7 605	21
43 752	50 759	33 673	33 740	41 808	30 094	31 973	22
1994				1995			Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
137 361	150 094	183 801	191 021	146 693	163 026	172 212	23
1 129 980	1 298 319	1 369 330	1 498 652	1 154 338	1 221 993	1 512 019	24

hochgerechnet – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993 ²⁾	1994
			Monatsdurchschnitt	
Außenhandel				
<i>Ausfuhr³⁾ (Spezialhandel)</i>				
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	11 508,6	12 739,3
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	441,0	481,9
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	11 067,6	12 257,4
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	131,4	137,6
5	* Halbwaren	Mill. DM	739,3	774,8
6	* Fertigwaren	Mill. DM	10 197,0	11 345,0
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 802,9	3 157,9
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	7 394,0	8 187,1
Ausfuhr in die/nach				
9	* EU-Länder ⁴⁾	Mill. DM	6 973,8	7 625,9
	darunter			
10	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 077,9	1 119,4
11	Niederlande	Mill. DM	1 228,3	1 410,9
12	Frankreich	Mill. DM	1 183,5	1 280,4
13	Großbritannien	Mill. DM	981,6	977,9
14	Italien	Mill. DM	780,6	877,8
15	Spanien	Mill. DM	350,3	385,0
16	Österreich	Mill. DM	602,5	675,2
17	Schweden	Mill. DM	253,8	312,7
18	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	863,9	973,7
19	Schweiz	Mill. DM	519,8	602,6
<i>Einfuhr³⁾ (Generalhandel)</i>				
20	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	12 312,3	13 287,8
	davon			
21	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 481,0	1 452,0
22	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	10 831,3	11 835,8
	davon			
23	* Rohstoffe	Mill. DM	704,8	717,3
24	* Halbwaren	Mill. DM	1 508,2	1 668,0
25	* Fertigwaren	Mill. DM	8 618,3	9 450,5
	davon			
26	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	1 783,1	2 024,0
27	* Enderzeugnisse	Mill. DM	6 835,2	7 426,5
28	* Einfuhr aus EU-Ländern ⁴⁾	Mill. DM	7 447,9	7 954,8

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) endgültige Ergebnisse – 3) Wegen dem Gebietsstand vom Januar 1995

1994			1995				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
13 452,7	13 921,3	11 179,5	12 369,6	14 116,9	14 523,0	12 822,4	1
479,1	549,8	471,1	462,1	478,4	522,2	526,2	2
12 973,6	13 371,5	10 708,4	11 907,5	13 638,5	14 000,7	12 296,2	3
155,2	158,1	101,1	142,5	134,4	184,4	124,7	4
836,6	894,6	648,6	806,5	834,9	896,9	808,3	5
11 981,8	12 318,8	9 958,7	10 958,5	12 669,1	12 919,5	11 363,2	6
3 292,4	3 458,5	2 843,7	3 250,4	3 862,3	3 945,7	3 403,7	7
8 689,4	8 860,3	7 115,0	7 708,1	8 806,9	8 973,8	7 959,5	8
7 828,7	8 458,2	6 700,7	7 699,4	8 324,2	8 929,3	7 388,6	9
1 192,5	1 231,0	878,0	1 135,3	1 232,8	1 312,3	966,1	10
1 407,6	1 543,0	1 297,3	1 355,7	1 385,7	1 559,8	1 277,0	11
1 246,3	1 388,8	1 169,6	1 308,2	1 399,9	1 535,9	1 310,8	12
1 012,6	1 151,4	895,5	978,3	1 100,9	1 235,3	1 045,1	13
940,1	986,3	770,5	911,9	1 057,5	1 014,0	924,4	14
393,3	402,4	353,8	458,4	474,8	529,2	415,4	15
724,1	758,6	554,4	602,4	645,6	653,9	605,1	16
321,4	354,9	233,4	335,7	368,7	379,7	271,2	17
1 150,4	993,3	817,6	837,6	1 057,8	943,0	942,9	18
626,9	737,1	523,9	606,3	745,2	703,2	607,6	19
13 485,6	13 596,8	13 001,1	13 662,7	14 361,9	15 085,5	13 949,6	20
1 636,9	1 445,2	1 438,0	1 516,1	1 518,5	1 600,8	1 419,0	21
11 848,7	12 151,7	11 563,0	12 146,6	12 843,4	13 484,7	12 530,5	22
717,6	736,5	761,0	754,9	785,6	612,9	612,8	23
1 654,1	1 577,2	1 641,3	1 797,4	1 958,6	2 003,3	1 773,9	24
9 476,9	9 838,0	9 160,7	9 594,4	10 099,2	10 868,5	10 143,8	25
2 111,4	2 184,2	2 070,6	2 316,1	2 456,1	2 696,3	2 413,1	26
7 365,5	7 653,9	7 090,1	7 278,2	7 643,2	8 172,2	7 730,7	27
8 217,2	8 438,3	7 778,8	8 233,2	8 476,9	9 201,1	8 123,6	28

der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 4) EU-Länder nach

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Einzelhandel²⁾				
1	* Beschäftigte	1986 = 100	103,9	103,6
2	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	129,1	130,7
davon des Einzelhandels mit				
3	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	111,3	111,2
4	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	128,5	125,7
5	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	168,4	180,8
6	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	113,0	108,6
7	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	176,4	183,4
8	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	140,4	147,4
9	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	145,8	153,5
10	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	154,3	159,2
11	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	121,5	121,1
12	* Umsatz (real)	1986 = 100	114,0	114,1
davon des Einzelhandels mit				
13	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	100,9	99,2
14	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	113,2	109,3
15	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	142,0	147,5
16	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	117,7	111,9
17	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	158,3	170,0
18	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	131,5	138,2
19	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	125,2	122,1
20	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	123,1	126,2
21	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	109,5	108,6
Gastgewerbe²⁾				
22	* Beschäftigte	1986 = 100	90,3	91,1
23	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	122,8	126,9
24	* Umsatz (real)	1986 = 100	98,9	100,2
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Fremdenverkehr				
25	* Gästeankünfte	1 000	964	968
26	* darunter von Auslandsgästen	1 000	158	157
27	* Gästeübernachtungen	1 000	2 943	2 890
28	* darunter von Auslandsgästen	1 000	398	381

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen

1993			1994				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
104,4	105,0	104,8	104,4	104,3	104,9	105,2	1
130,4	137,7	163,7	129,0	132,2	136,3	170,4	2
111,8	114,6	133,7	107,4	111,2	112,9	135,8	3
146,0	149,7	168,4	141,6	142,6	133,4	177,8	4
177,8	196,4	213,7	178,9	190,8	211,9	233,2	5
111,8	142,5	192,2	102,4	108,4	130,6	190,2	6
174,2	190,2	300,1	184,9	189,1	214,0	299,1	7
142,0	145,0	170,0	148,2	153,1	151,7	177,9	8
150,3	149,9	154,5	179,5	156,6	147,1	161,4	9
147,5	143,8	151,0	150,6	154,3	152,5	166,6	10
117,8	134,3	180,0	114,8	116,4	128,7	183,5	11
115,0	121,7	145,1	112,5	115,3	119,0	148,9	12
101,7	104,1	121,5	95,6	99,0	100,7	121,0	13
127,9	131,0	147,3	122,9	123,6	115,5	153,8	14
149,0	164,2	178,4	147,7	157,4	174,1	191,5	15
116,2	148,8	201,3	106,6	113,4	137,3	200,7	16
157,4	168,2	268,7	168,3	172,9	194,0	264,7	17
133,2	135,8	158,8	138,8	143,6	141,9	165,9	18
129,7	128,7	135,6	142,8	124,5	116,4	128,2	19
117,0	114,2	119,8	119,2	122,3	120,9	131,6	20
106,1	120,5	160,2	103,6	104,5	114,8	161,7	21
91,7	89,9	88,2	94,1	93,1	90,5	91,6	22
131,6	122,7	122,8	136,6	136,0	128,7	136,7	23
105,0	98,1	98,1	107,1	106,5	100,8	107,5	24
1994			1995				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
795	996	1 196	1 092	885	921	1 256	25
163	177	207	164	161	172	208	26
2 890	3 245	3 499	3 181	3 039	3 156	3 548	27
407	455	508	380	416	453	496	28

Berichtsmonat vorläufig

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Verkehr				
<i>Binnenschifffahrt</i>				
1	* Güterempfang	1 000 t	5 952	5 821
2	* Güterversand	1 000 t	4 336	4 240
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
<i>Kraftfahrzeuge</i>				
3	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	61 206	62 636
darunter				
4	* Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	53 264	54 581
5	* Lastkraftwagen	Anzahl	2 698	2 802
6	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	4 152	4 269
<i>Straßenverkehrsunfälle</i>				
7	* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	6 630	6 622
8	* Getötete Personen	Anzahl	111	111
9	* Verletzte Personen	Anzahl	8 483	8 478
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Insolvenzen				
10	* Insolvenzen ³⁾ insgesamt	Anzahl	425	491
11	* Unternehmen	Anzahl	326	378
davon in der Wirtschaftsabteilung ⁴⁾				
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	62	65
13	Baugewerbe	Anzahl	65	79
14	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Anzahl	84	101
15	Dienstleistungen ⁵⁾	Anzahl	84	127
16	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	31	6
17	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	99	113
18	* Beantragte Konkurse	Anzahl	424	490
19	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	293	349

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, – 3) Gastgewerbe (gemäß WZ 93: Abschnitt H), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I), Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J), Grundstücks- und (Abschnitt M), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Abschnitt N) sowie Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O)

1991			1992				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
5 879	5 984	5 319	5 655	5 780	5 782	4 945	1
4 672	4 673	3 647	4 413	4 419	4 656	3 747	2
1994			1995				
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
69 816	59 389	48 390	76 353	77 229	64 079	51 167	3
59 800	50 723	40 737	64 180	66 915	55 171	43 464	4
3 115	2 565	2 555	3 276	3 246	2 807	2 632	5
5 717	5 261	4 401	7 534	5 746	5 097	4 249	6
7 113	6 342	7 610	7 587	7 410	7 332	6 895	7
105	139	126	121	115	129	110	8
8 945	8 113	9 655	9 530	9 440	9 303	8 768	9
1994			1995				
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
559	418	482	385	606	503	523	10
451	331	362	303	459	397	403	11
85	64	74	48	71	70	61	12
65	90	65	58	107	93	88	13
125	75	97	67	114	97	106	14
163	97	121	125	158	129	142	15
13	5	5	5	9	8	6	16
108	87	120	82	147	106	120	17
556	417	480	383	605	502	521	18
401	283	331	255	434	348	355	19

Flensburg – 3) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist – 4) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993
Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschnitt K), Erziehung und Unterricht

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
Preise				
1	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	107,3	110,1
2	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1991 = 100	107,5	110,4
3	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1991 = 100	107,3	110,1
4	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1991 = 100	107,7	110,9
			1993	1994
			Vierteljahresdurchschnitt	
5	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1991 = 100	111,3	114,4
6	davon Rohbauarbeiten	1991 = 100	110,9	113,8
7	Ausbauarbeiten	1991 = 100	111,8	115,4
8	Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,3	107,5
			1993	1994
			Vierteljahresdurchschnitt ²⁾	
Löhne und Gehälter				
Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau				
9	* männliche Arbeiter	DM	4 164	4 331
10	* weibliche Arbeiter	DM	2 939	3 054
Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau				
11	* männliche Arbeiter	DM	24,72	25,31
12	* weibliche Arbeiter	DM	18,18	18,75

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1994			1995				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
110,4	110,4	110,4	112,3	112,3	112,3	112,3	1
110,8	110,8	110,7	112,7	112,6	112,6	112,5	2
110,5	110,5	110,4	112,6	112,5	112,5	112,3	3
111,2	111,3	111,3	113,3	113,2	113,2	113,3	4
1993	1994			1995			
November	Februar	Mai	August	November	Februar	Mai	
112,1	112,9	114,2	115,0	115,5	116,4	118,0	5
111,6	112,2	113,7	114,4	114,8	115,7	117,2	6
112,9	114,0	115,0	116,0	116,5	117,5	119,3	7
107,2	106,9	107,4	107,8	107,9	107,8	109,0	8
1994				1995			
Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	
4 173	4 287	4 365	4 399	4 348	4 501	4 557	9
2 985	3 019	3 072	3 091	3 091	3 168	3 201	10
24,84	25,12	25,48	25,50	25,44	26,12	26,45	11
18,46	18,58	18,86	18,89	18,94	19,45	19,66	12

Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal ¹⁾	Einheit	1993	1994
			Vierteljahresdurchschnitt ²⁾	
	Noch: Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
	* kaufmännische Angestellte			
1	* männlich	DM	6 062	6 214
2	* weiblich	DM	4 229	4 344
	* technische Angestellte			
3	* männlich	DM	6 303	6 445
4	* weiblich	DM	4 384	4 511
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	5 163	5 295
6	* weiblich	DM	3 627	3 780

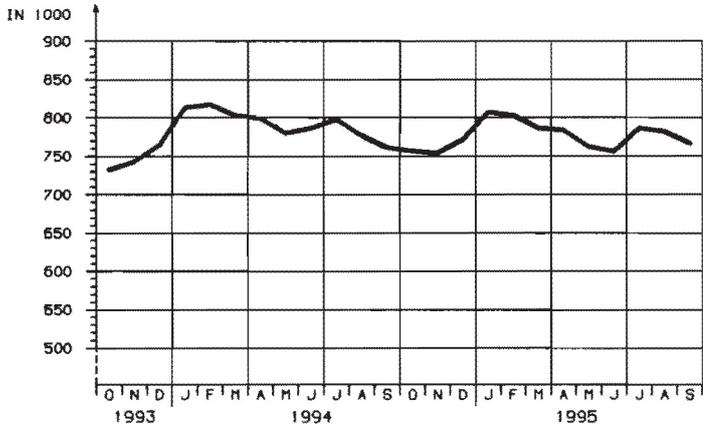
1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1994				1995			Lfd. Nr.
Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	
6 136	6 173	6 227	6 262	6 287	6 372	6 450	1
4 269	4 317	4 356	4 383	4 414	4 510	4 563	2
6 313	6 402	6 476	6 503	6 509	6 647	6 763	3
4 416	4 481	4 532	4 553	4 560	4 681	4 740	4
5 216	5 293	5 285	5 338	5 353	5 472	5 532	5
3 718	3 765	3 778	3 815	3 865	3 927	3 993	6

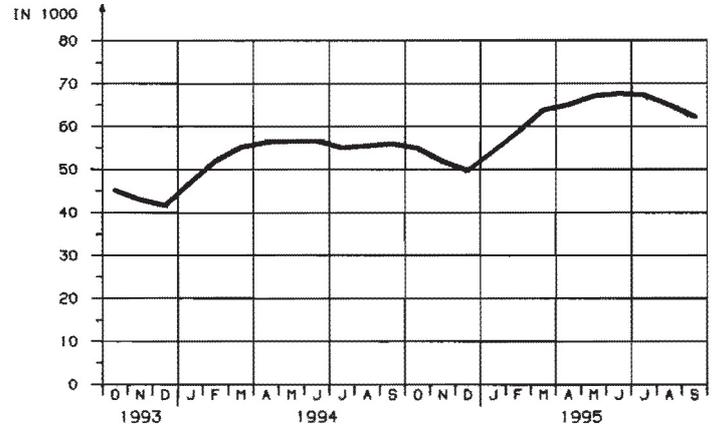
Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER OKTOBER 1993 BIS SEPTEMBER 1995

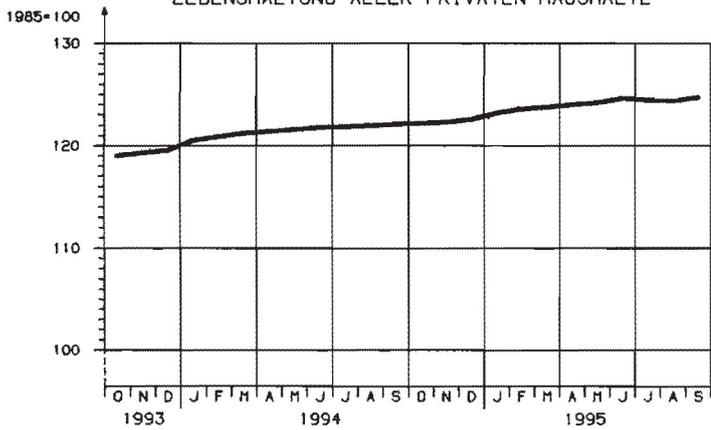
ARBEITSLÖSE



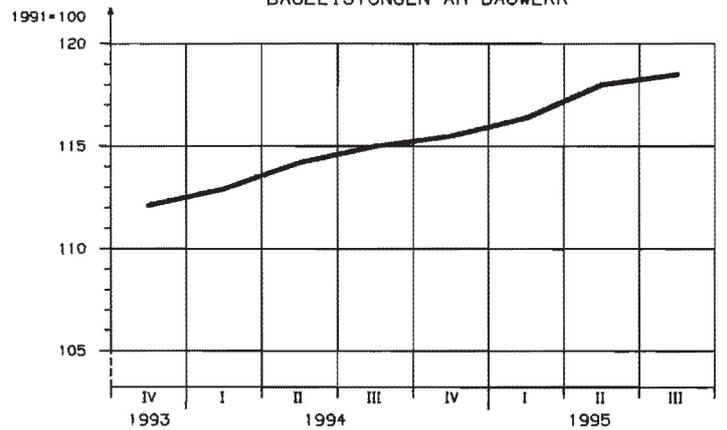
OFFENE STELLEN



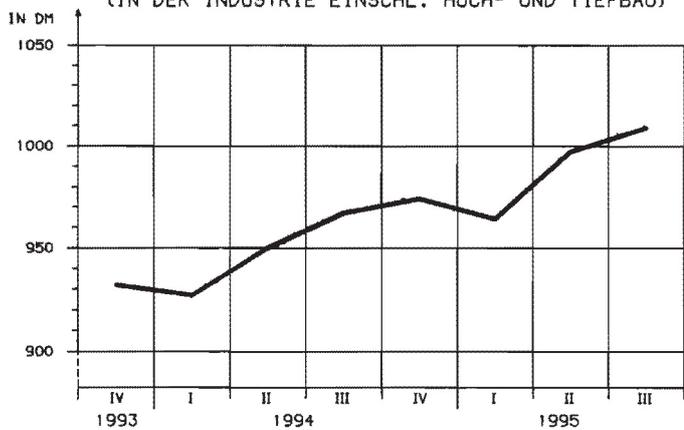
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)

